

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 50.

Sonnabend, den 16. Dezember 1911.

15. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Was hat der alte Reichstag geschaffen? — Zur Arbeitslosenunterstützung. — Indifferentismus und Egoismus. — Anschläge an den Bauarbeiterverband. — Die „Dirche“ und die Landarbeiter. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Et. in aus. — Rundschau. — Dittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1910. I. — Die Neuerungen bei der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung. — Korrespondenzen. — Feuilleton: Im Tagelöhnerloch.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: Rembach: Fa. Senbert. — Löwenberg: Fa. Ende. — Berlin: Kunststeinbearbeitungsgeschäft Jüngers & Schille. — Witten: Firma Lüneburger & Franzen. — Erfurt: Kunststeinfabrik in der Radowigstraße. — Osterwald-Mehle: Firma Meine & Jlemann. — Kamenz: Schotterwerk Weiland. — Bürgstadt: Steinbruch Helmstetter. — Freiburg (Schleien): Bildhauerei Bliesche. — Kappelrodek: Grabsteingeschäft R. Eid.

Steinwiesen. Im Granitwerk Eisenhammer wurden die Abzüge rückgängig gemacht.

Alsleben a. S. Wegen Lohnreduzierung wurde die Arbeit bei der Firma Schiller & Röder eingestellt.

Birkenfeld bei Pforzheim. Die Kollegen legten bei der Firma Gebr. Denzinger die Arbeit nieder. Die Ursache war Festsetzung von Abschlagspreisen, die eine erhebliche Reduzierung der bisherigen Löhne darstellen.

Gera. Am 11. Dezember sind die Kollegen bei der Firma Korb & Töpelmann in Streit getreten. Arbeitsangebote müssen abgelehnt werden. (Siehe unter Korrespondenzen.)

Lahn. Arbeitsangebote für die Firma Anders, Bungalow, Betrieb Waltersdorf bei Lahn, sind unbedingt abzulehnen. Grund: Der neugebaute Polier sucht ein besonderes Verdienst darin, die Lohn- und Arbeitsbedingungen in genanntem Betriebe zu verschlechtern.

Porta bei Minden. Die Firma Michelson ließ durch Agenten aus Böhmen und Italien Arbeitswillige heranziehen. Die angeworbenen Leute nahmen aber das Arbeitsverhältnis nicht an, weil ihnen die Löhne zu niedrig waren. Die fremdländischen Steinarbeiter sollten also die hiesigen Kollegen unmöglich machen, was aber — vorbeigelang.

Wiesbaden. Die Unternehmer wollen die Unterschrift zum Tarif erzwingen. Zugang ist streng fernzuhalten.

Schweiz. Gesperrt sind: Basel: Firma Hermann. — St. Margrethen: Sämtliche Betriebe.

Was hat der alte Reichstag geschaffen?

Die zwölfte Legislaturperiode des deutschen Reichstags, die am 19. Februar 1907 begann und am 5. Dezember 1911 endete, zerfällt, politisch betrachtet, in zwei große Abschnitte. Der erste dauert vom Tag der Reichstagsöffnung bis zum Zusammenbruch des Bülowblocks im Sommer 1909, der zweite, der unter der schwarzblassen Herrschaft steht, von da bis zum Reichstagschluß.

Die wichtigsten Gesetzesvorlagen, die im Zeitalter des Bülowblocks erledigt wurden, waren das Börsengesetz, die Reform des Majestätsbeleidigungsparagraphen, das Reichsvereinsgesetz, die Flottenvorlage.

In das Zeitalter der schwarzblassen Herrschaft fallen folgende wichtige Gesetze: die Reichsfinanzreform, das Kaligesez, die elsaß-lothringische Verfassungsreform, die Reform der Arbeiterversicherung, die Angestelltenversicherung, das Heimarbeitergesetz, die Schiffsabgaben.

Das Börsengesetz war die erste Blöckfrucht, die die Regierung Bülow den liberalen Interessenten auf den Tisch legte. Es hob das Verbot des Terminhandels in Effekten in der Hauptsache auf und fand, obwohl es den Zweck hatte, die Börsenspekulation zu erleichtern, die Zustimmung der Agrarier. Die Sozialdemokratie lehnte das Gesetz ab.

Die Reform des Majestätsbeleidigungsparagraphen machte die Bestrafung der Majestätsbeleidigung davon abhängig, daß sie in der „Absicht der Ehrverletzung böswillig und mit Ueberlegung“ begangen wird. Die sozialdemokratische Fraktion fand, daß die allgemeinen Beleidigungsparagraphen des Strafgesetzbuchs auch den Fürsten einen ausreichenden Schutz gewähren; ferner fand sie in der Unterscheidung von harmlosen und böswilligen Majestätsbeleidigungen eine neue Gelegenheit zu klassengerichtlichen Urteilen; sie verwarf daher auch diesem Gesetz ihre Zustimmung.

Nicht anders ging es bei dem Reichsvereinsgesetz. Dieses ersetzte die bisher geltenden vereinsrechtlichen Landesgesetze durch ein Reichsgesetz, das für einige Staaten die Rechtszustände durchgehend verschlechterte, ändern gewisse Vorteile brachte, die aber durch die Aufnahme reaktionärer Bestimmungen in das Gesetz wieder entwertet wurden. Für Preußen brachte das Gesetz eine Erleichterung in der Anmeldepflicht von Versammlungen, Aufhebung des Frauenverbots in politischen Vereinen und eine gewisse, leider nicht ausreichende Einschränkung der Verbotsmöglichkeiten für Versammlungen unter freiem Himmel. Auf der andern Seite unterdrückte es in brutaler Weise das Recht der Nichtdeutschen auf den Gebrauch ihrer Muttersprache, schuf durch den Jugendlischenparagrafen für die proletarische Jugendbewegung neue Fesseln und eröffnete durch trübselige Auslegung des Begriffs eines politischen Vereins der Polizei neue Gelegenheiten zur Schikanierung der Gewerkschaften. Die Sozialdemokratie bekämpfte diese reaktionären Bestimmungen, zu deren Annahme sich die Freisinnigen verpflichtet hatten, und überließ schließlich die Verantwortung für das Ganze des Gesetzes dem bürgerlichen Liberalismus.

Die Früchte einer uferlosen Rüstungspolitik traten dann in der verächtigten Reichsfinanzreform zutage. Ueber sie ging der Bülowblock in Trümmer, weil das Zentrum auf dem Gebiet der Branntweinliebesgaben und der Erbschaftsteuer den Junkern vorteilhaftere Angebote machte als der Liberalismus. Die Sozialdemokratie forderte die Deckung des gesamten Neubedarfs von etwa 500 Millionen Mark aus Reichserbschafts-, Einkommen- und Vermögenssteuern. Die Liberalen waren aber nur bereit, etwa 100 Millionen aus Besitzsteuern aufzubringen, während 400 Millionen in Form von Verbrauchsabgaben auf die Schultern der Besitzlosen gelegt werden sollten. Im Prinzip waren alle bürgerlichen Parteien darin einig, die Besitzlosen nur mit einem Fünftel, die Besitzlosen dagegen mit vier Fünfteln der Gesamtkosten zu belasten.

Die Sozialdemokratie lehnte alle volksbelastenden Abgaben ab und stimmte nur in der zweiten Lesung für die Erbschaftsteuer, die indes von den Schwarzblauen zu Fall gebracht wurde. Wie die Sozialdemokratie in der dritten Lesung gestimmt haben würde, wenn es zu einer solchen gekommen wäre, hing von der taktischen Situation ab. Sie ist grundsätzliche Anhängerin der Erbschaftsteuer und würde gegen sie nur gestimmt haben, wenn es möglich gewesen wäre, die ganze volksfeindliche Reform dadurch zum Scheitern zu bringen.

Indes kam es bekanntlich anders. Junker und Zentrum einigten sich rasch; sie beschloßen neue Zölle auf Tee und Kaffee (39 Millionen), neue Steuern auf Zündwaren (25 Millionen), Leuchtmittel (20 Millionen), Branntwein (80 Millionen), Tabak (43 Millionen), Bier (100 Millionen), Schaumwein (5 Millionen). Außerdem wurden neue Stempel für Effekten, Schecks, Quittungen, Grundstücksübertragungen, sowie die sogenannte Talonsteuer geschaffen (zusammen 109,5 Millionen). Die Sozialdemokratie lehnte nunmehr diese Finanzreform als Ganzes und in allen Teilen ab.

Von den späteren Gesetzen, die unter der Herrschaft des schwarzblauen Blocks zustande kamen, bedeutet das Schiffsabgabengesetz eine neue Belastung für das Volk. Auch die Steinindustrie hat darunter zu leiden. Nach den bisherigen Bestimmungen der Reichsverfassung hatte die Schifffahrt von Abgaben frei zu bleiben, die Kosten der Verbesserung natürlicher Wasserstraßen waren durch Staatssteuern aufzubringen. Das Schiffsabgabengesetz legt diese Kosten auf die Schifffahrt selber und erhöht dadurch die Frachten, somit auch die Warenpreise selbst. Selbstverständlich lehnte die sozialdemokratische Fraktion auch dieses Gesetz ab, dessen Inkrafttreten erst nach Zustimmung der mitinteressierten Staaten, zur Aenderung der bestehenden Schiffsabgabengesetze erfolgen kann.

Die Reform der Reichsversicherungsordnung brachte eine Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Landarbeiter, sowie eine durchaus unzureichende Witwen- und Waiserversicherung. Sie verwarf daher den Wöchnerinnen die durchaus nötige Wochenhilfe, die für Landkrankenkassen auf Antrag der christlichen Arbeitersekretäre auf vier Wochen herabgesetzt wurde, sie gewährte den Landarbeitern keinen Einfluß auf die Verwaltung ihrer Kassenangelegenheiten und beschränkte das Selbstverwaltungsrecht der übrigen Arbeiterschaft in ihren Krankenkassen auf die empfindlichste Weise, indem es die Wahl des Vorsitzenden von der Zustimmung der Unternehmer abhängig machte. Die Sozialdemokratie konnte unmöglich für ein Gesetz stimmen, das, wie dieses, als ein Ausnahmegesetz gegen die Arbeiterschaft gedacht und durchgeführt ist.

Dagegen stimmte die sozialdemokratische Fraktion für die Angestelltenversicherung, obwohl ihre Nichtangliederung an die allgemeine Versicherung sowie die Beibehaltung der Erbschaften zu schweren grundsätzlichen Bedenken Anlaß gab.

Auch das Heimarbeitergesetz fand sozialdemokratische Zustimmung. So unzureichend, ja zum Teil be-

denklich es ist, und so infam sich auch die bürgerlichen Parteien bei der Ablehnung der Lohnämter, der Verweigerung von Mindestlöhnen an dieser schlechtest bezahlten Arbeiterkategorie benommen haben, so wollte die Sozialdemokratie doch nicht ein Gesetz ablehnen, das vielleicht trotzdem als winziger Anfang zu einem Fortschritt betrachtet werden kann.

Schon früher hatte die sozialdemokratische Fraktion einem andern interessanten Gesetz ihre Zustimmung erteilt, dem Kaligesez, bei dem es ihr gelang, wesentliche Verbesserungen im Interesse der Arbeiter durchzusetzen. Die Sozialdemokratie stimmte der gesetzlichen Kontingentierung der Kaliproduktion zu unter der von ihr gestellten und erreichten Bedingung, daß die Arbeitsbedingungen nicht unter die Verhältnisse des Jahresdurchschnitts 1907—1908 verschlechtert werden dürfen. Jede Verschlechterung wird durch eine entsprechende Kontingentsentziehung bestraft, die in keinem Fall weniger als 10 Prozent betragen darf. Der Nutzen dieses sozialdemokratischen Erfolgs kommt zunächst nur einigen Zehntausenden von Kalibergarbeitern zugute, der nützliche Grundgedanke, der durch ihn zum erstenmal zum Durchbruch gelangt ist, hat aber Bedeutung für die gesamte Arbeitermasse.

Ueberblickt man die gesamte Tätigkeit des nun verfloßenen Reichstags, so findet man in seinem Konto eine große Schuld, die durch nichts aufgewogen werden kann: die fürchterliche Belastung der Massen durch die Reichsfinanzreform. Dazu treten die Schiffsabgaben und an politischen Rechtsminderungen der Sprachenzwang im Reichsvereinsgesetz, die Jugendlischenhege, die Zerstörung der Selbstverwaltung der Krankenkassen! Was der Reichstag dagegen auf der Seite seiner Verdienste buchen kann, wiegt federleicht.

Eine Reihe unerledigter Gesetze ist auf dem Trümmerhaufen geblieben; so die Reform des Strafgesetzes, der Strafprozessordnung, die Einführung von Arbeitskammern. In andern brennenden Fragen, wie in der Steuerungsfrage und im Kampf gegen das parlamentarische Regiment hat der Reichstag völlig versagt. Es war im Grunde ein agrarisch-reaktionäres Parlament und, mochte der Bülowblock oder Schwarzblau Trumpf sein, so waren es doch, von wenigen Ausnahmen abgesehen, stets die volksfeindlichen Junker, die die Führung der Mehrheit hatten. Um ihre Gunst haben sich abwechselnd Zentrum und Liberalismus bemüht, die Gunst der Junker kann man aber nur erlangen, wenn man ihre materiellen Interessen fördert und das Volk in die Knechtschaft hinabdrückt.

Der neue Reichstag soll kein Junkerparlament, sondern ein Volkshaus sein!

Zur Arbeitslosenunterstützung.

Die über einige Hundert Mitglieder und über einige Tausend Mark verfügenden Zahlstellen Hamburgs haben der an Mitgliedern und Finanzen weit überlegenen Zentralinstitution den Beweis erbracht, daß die „Undurchführbarkeit“ der Arbeitslosenunterstützung nur ein leerer Wahn ist. Doch so leer er auch ist, um so unausrottbarer scheint er zu sein. Hiervon zeugt das Verhalten der Berliner Kollegenschaft aufs neue, die eine Vorlage zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung abermals zum Scheitern brachte. (Nebenbei sei bemerkt, daß die Angelegenheit noch nicht als erledigt zu betrachten ist. Infolge der gereizten Stimmung in der Versammlung und der vorgerückten Zeit konnten einige Verbesserungs- und Abänderungsanträge nicht die Berücksichtigung finden, die ihnen gebührte. Es besteht deshalb die Absicht, nach den Reichstagswahlen die Frage nochmals vor das Forum der Kollegenschaft zu bringen.) Ist das Solidaritätsgefühl in Berlin weniger ausgeprägt als in Hamburg? Nach den Reden zu urteilen — nicht. Ramentlich die Opposition triefte vor sozialem Empfinden. „Es sei eine Schande, den häufiger von Arbeitslosigkeit betroffenen Kollegen, wenn sie das Glück haben, in Arbeit zu stehen, den geforderten hohen Beitrag zuzumuten.“ „Sechs Mark Unterstützung pro Woche seien keine Hilfe — nicht des Abhebens wert.“ Also Ablehnung der Arbeitslosenunterstützung aus Mitleid mit den armen Arbeitslosen und Geringschätzung der verfügbaren Linderungsmittel — alles oder nichts.

Doch das war das Schlimmste noch nicht. Um vor der Annahme der Vorlage zu warnen, wurde eine Vogel-scheuche aufgestellt — der zweite Beamte, der dem ersten notwendigen Uebel zur Seite gestellt werden mußte. Alle Beteuerungen des jetzigen Angestellten, daß sich durch die Einführung des neuen Unterstützungsziweigs allein eine Neuanstellung nicht rechtfertigen ließe, brachten ihm nur die Entgegnung ein, „daß er dann jetzt nichts zu tun habe“.

Zu der geringen Neigung für die notwendig werdende Beitragserhöhung kamen die großstädtischen Wohn- und Verkehrsverhältnisse. Ein großer Teil (wahrscheinlich der in den Vororten und weiter entlegeneren Gegenden Berlins wohnende) hatte sich, jedenfalls besorgt um die letzte Fahrgelegenheit, schon vor der Abstimmung entfernt. Von 700 bis 800 anwesend Gewesenen hatten sich nur 457 an der Abstimmung beteiligt. Zu dem ab-

Lehrenden Resultat haben auch nicht wenig die verhältnismäßig günstigen Konjunkturen der beiden letzten Jahre beigetragen, die die Notwendigkeit der Arbeitslosenfürsorge nicht so überzeugend erkennen ließen als die vorausgegangenen Krisenjahre. Das Wort: „Spate in der Zeit, so hast du in der Not“, wird in bezug auf gesellschaftliche Verhältnisse noch viel weniger geachtet, als in persönlicher Beziehung.

Das Haupthindernis jeglichen Fortschritts auf sozialem Gebiet scheint jedoch dem Schreiber dieses der Mangel an Solidarität zu sein. Wohl ist er ausreichend zum offenen Kampf mit dem Unternehmertum, zur Erreichung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Doch die Opfer, welche der verstaute Kampf um die Aufrechterhaltung des Errungenen, um die Verallgemeinerung desselben erfordert, werden sich hilflos selbst überlassen. Sie zu stützen, sie zu stärken müßte unsere vornehmste Aufgabe sein.

Darum trotzdem und alledem — Hand ans Werk.
E. W.

Indifferentismus und Egoismus.

Einer der stärksten Feinde des menschlichen Fortschritts und damit auch der modernen Gewerkschaftsbewegung ist der Indifferentismus. Er bedeutet die Teilnahmslosigkeit an allen politischen und wirtschaftlichen Geschehnissen, jene immunitäre Gleichgültigkeit und Interessenslosigkeit, die sich nicht nur diesen Dingen, sondern auch dem bessern Wohlergehen des eigenen Ichs gegenüber äußert. Und in letzterem Falle nicht etwa in gutem Sinne. Nichts von seiner Selbstlosigkeit, die unter Hintanhaltung des eignen persönlichen Wohles ihre edle Tätigkeit dem Wohlergehen des Ganzen opfert, sondern ein trügerisches Dahindämmern des menschlichen Geistes, dem das Wohl anderer vollkommen gleichgültig erscheint und der sich nicht einmal dazu aufzuraffen vermag, etwas zur Hebung der eignen Lebenslage zu unternehmen.

Und der würdige Bruder des Indifferentismus ist der Egoismus. Im Charakter anders geartet, läuft sein Ziel dennoch fast auf dasselbe hinaus, auch er ist gleich dem Indifferentismus ein Feind des Gesamtwohls, seine oft rafflose Tätigkeit bewegt sich nur in dem Geleise der Besserstellung des eignen Ichs und der persönlichen Gewinnsucht.

Diese verächtliche Selbstsucht beherrscht unser ganzes öffentliches Leben. Sie beherrscht die Parlamente, in denen sie sich unter den verschiedensten politischen Titeln breit macht und unter dem Deckmantel der Phrase die eigne persönliche Bereicherung durchzuführen sucht. In hohen, „patriotischen“ Tönen ergehen sich dort Schlot-, Kraut- und Schweineinteressenten für das „Gemeinwohl“ und jagen zur „Stärkung des Vaterlands“ Steuern, Zölle und Liebesgaben durch, die die eignen Taschen füllen und die breiten Volksmassen zum Darben und Hungern verurteilen. Ein Egoismus, der um so widerlicher wirkt, weil er bemüht ist, seine abstoßende Gestalt in die toga der Sorge um das Allgemeinwohl, des „Patriotismus“, der „Opferfreudigkeit für das Vaterland“ zu hüllen. Und doch steckt hinter all dem tönenden Wortgeklänge nichts anderes als schändliche Gewinnsucht, das persönliche Interesse an Fleisch- und Brotwucher, der den Bestehenden noch vollere Taschen und dem Proletariat noch höhere Wangen bringt, oder das lebhafteste Interesse der Panzerplatten- und Kanonenpatronen, die gern bereit sind, um des schänden, persönlichen Gewinns halber Katakomben von Proletariatsblut auf den „ruhmvollen Schlachtfeldern der tapferen Armee“ zu opfern.

Und wie im Parlament, so im gewöhnlichen öffentlichen Leben. Überall sind die Bücher der menschlichen Bedürfnisse an Werke, um ihrer unersättlichen Selbstsucht zu fröhnen. Durch machtvolle Syndikate verteuert man dem Volke das Holz und die Kohlen. Was schert's die Mäcker dieser Preispolitik, wenn im kalten Winter die breiten Volksmassen frieren müssen! Man schraubt die Mieten in die Höhe. Was kümmern den Hausmagnaten die Proletarier, die nur noch in elenden, stinkenden Mietskammern ihr Dasein fristen und sich in solchen Verhältnissen frühzeitiges Elend und einen vorzeitigen Tod holen!

So feiert der Egoismus im kapitalistischen Zeitalter wahre Orgien. Wohl war er schon in früheren Zeiten vorhanden und bestimmte die Handlungen herrlicher und selbstlicher Naturen, nie aber trat er in solcher Ausbildung und in solcher abschreckender Gestalt wie heute zutage! Wahrscheinlich die Arbeiterkraft hat alle Ursache, durch feste Zusammenfassung in der Organisation sich seiner vielen Feinde, deren Haupttriebfeder in ihrem gesamten Tun und Handeln nur trasser, das Allgemeinwohl mit Füßen tretender Egoismus ist, zu erwehren!

Doch ist der böse Egoismus nicht auch in der Arbeiterschaft vorhanden? Es wäre Vorwitz, das abzuleugnen. Selten wir nicht tagtäglich, daß viele Arbeiter sich von der so notwendigen Organisation der Beschäftigten fernhalten, weil sie von Egoismus erfüllt sind und glauben, einen persönlichen Schaden zu erleiden, wenn sie ihren Beitritt zur Gewerkschaft vollziehen?

Wie oft hört man nicht noch das geflügelte Wort von der „Lebensstellung“ der Arbeiter! Immer noch wiegen sich viele Arbeiter in dem eillen Wahne, sich eine sichere Arbeitsstelle erhalten zu können, wenn sie sich nicht ihrer gewerkschaftlichen Organisation anschließen. Sie wissen, der Arbeitgeber ist auf diese Organisationen nicht gut zu sprechen, weil sie seinen Profit, sein Eigeninteresse bedrohen. Deshalb glaubt sich solch ein proletarischer Egoist in der hohen Gunst seines „Brotherns“ festzusetzen, wenn er seiner Gewerkschaft fernbleibt. Er mag es schließlich durch diese Liebedienerei auch fertig bekommen, seine Arbeitsstelle etwas länger zu bewahren. Aber oft wird solchen Leuten, die feils im Leben um des eignen kleinsten Vorteils willen sich buchten und nicht muhten, dann in späteren Jahren ein bitterer Lohn zuteil: sie fliegen, weil sie zu alt und vorzeitig abgebraucht, aufs Straßenspalt, stehen dann ohne den Schutz und die Hilfe der gewerkschaftlichen Organisation da, und haben nun Mühe, ein verlorenes Leben zu bewahren. Dann kommt die Einsicht und die bittere Reue. Oft zu spät.

Dann jene Egoisten unter der Arbeiterschaft, die in „weiser Vorsicht“ glauben, den Verbandsbeitrag „sparen“ zu können, wenn sie der Organisation fernbleiben. Ihre selbstsüchtige Berechnung geht dahin, daß die anderen schon arbeiten und kämpfen und ihm dann auch das bessere Bett mitmachen werden. Der durch Dummheit gemilderte, aber dennoch trasse Egoismus! Diese geistig beschränkten Menschen werden gar nicht gewahr, daß viel Besseres und Vollkommeneres erreicht werden könnte, wenn alle organisiert wären und damit eine weit größere Macht in die Waagschale werfen könnten! Aber auch ihnen kommt später oft die bessere Erkenntnis.

Und jene, die sich absolut um gar nichts kümmern, bei denen sich Egoismus und Indifferentismus in holder Eintracht paaren. Sie kümmern sich um nichts, leben ihr eignes kümmerliches Leben, suchen sich von der Mittelwelt hermetisch abzuschließen und ihr ganzer Genuß ist die kleine Spartruhe, in der sie ihre abgedarben und erarbeiteten Groschen sorgfältig aufbewahren. Ihre trügerische Hoffnung ist, auf diesen spärlichen Vorbeeren später einmal bequem auszurufen. Ach, es wird nie so viel und eines frühzeitigen Tages holt Gevatter Tod die ausgemühten Gebeine des genügsamen Proleten.

Der Egoismus der bezugenden Klassen ist erklärlich. Er eröffnet die Perspektive, auf Kosten der Allgemeinheit noch reicher zu werden und zu großer Berühmtheit emporzuklettern. Der Egoismus der Armen aber ist unnatürlich. Er ist eine trügerische Fata Morgana und findet seine Erklärung nur in der geistigen Beschränktheit, die diesen fahsängewandten Egoismus züchtet! Werft diese Schladen von euch und werdet freie, aufrechte und kämpfende Menschen, dann leistet ihr für

das Wohl eurer Klasse etwas und steht in Not und Gefahr nicht vereinzelt da!

Die größten Feinde der Gewerkschaft sind Indifferentismus und Egoismus. Und wir stehen hier in der Bekämpfung dieser häßlichen, menschlichen Eigenschaften vor einer schweren Aufgabe. Menschlicher Fortschritt und freie Aufklärungsarbeit werden aber auch diese Aufgabe lösen. Millionen von Arbeitern und Arbeiterinnen haben diese unnatürlichen Schladen bereits abgestreift, stehen in ihrer Gewerkschaft in Reih und Glied, kämpfen für das Wohlergehen des gesamten Proletariats und damit auch für das eigene. Der Solidaritätsgedanke marschiert und überwindet den Indifferentismus mehr und mehr. Und wenn die Erkenntnis sich immer stärker Bahn bricht, daß nicht der eigne persönliche Vorteil, sondern nur der allgemeine Fortschritt die Arbeiterschaft weiterbringen kann, dann hat auch die Stunde des Egoismus geschlagen. An seine Stelle tritt dann die Selbstlosigkeit, die schöne Ueberwindlerin der Selbstsucht. Sie hat schon manche herrliche Triumphe der Menschheit gefeiert. Sie wird auch das Proletariat in seinem großen Emanzipationskampfe zum Siege führen!

Anschlüsse an den Bauarbeiterverband.

Der Zusammenfluß der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu großen Verbänden machte immer weitere Fortschritte. Während in den Anfängen der gewerkschaftlichen Organisation diese zunächst auf beruflicher Grundlage ausgebaut wurden, um sie dem Unternehmertum gegenüber aktionsfähig zu machen, macht heute der Zusammenfluß der Unternehmern ganzer Industriezweige und Gewerbe und ihr einheitliches Handeln den Arbeitern gegenüber auch den Zusammenfluß der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter in einheitliche Organisationen immer mehr zur Notwendigkeit. Dieser Notwendigkeit haben die Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter vor nunmehr bald einem Jahre durch ihre Verschmelzung Rechnung getragen. Und schon heute kann man sagen, daß weder die Maurer, noch die Bauhilfsarbeiter die Verschmelzung zu bereuen brauchen, sondern daß sie beiden Berufsgruppen im wahren Sinne des Wortes zum Segen gerichtet. Eine zehnjährige Zunahme der Mitgliederzahl — allein im ersten Halbjahr wurden 57 000 neue Mitglieder gewonnen, so daß die Mitgliederzahl von rund 242 000 auf rund 299 000 stieg — war die Folge der von beiden Gruppen gemeinsam betriebenen Agitationsarbeit. Hinzu kommt die fast mühelose Durchführung einer großen Zahl von erfolgreichen Forderungen, was allerdings zum Teil mit auf den streitigen Ausgang des vorjährigen Großkampfes zurückzuführen ist. Immerhin spielte dabei, besonders für die Bauhilfsarbeiter, auch die Größe und Macht der hinter den Arbeitern stehenden Organisation eine sehr gewichtige Rolle.

Schon am 1. Januar 1911 schloß sich der Zentralverband der Isolierer Deutschlands dem eben erstandenen Deutschen Bauarbeiterverband an. Und auch die Isolierer brauchen diesen Schritt nicht zu bereuen. Sie haben in der Kistenorganisation der Bauarbeiter mit ihren Millionenklassen einen Rückhalt gefunden, den ihnen ihre frühere kleine Organisation zu bieten niemals in der Lage gewesen wäre. Das haben die Isolierer und die Steinholzer schon bei den in diesem Sommer geführten Lohnkämpfen erfahren, indem sie in fast allen Fällen in kurzer Zeit sehr schöne Erfolge erzielten. Das ist ja auch ganz natürlich; denn während es eine Unternehmerruppe, wie die Isolierer, einem kleinen Verbändchen gegenüber ruhig auf eine Wachtprobe antworten lassen kann, ist eine solche Wachtprobe dem Bauarbeiterverband gegenüber von vornherein völlig aussichtslos, so daß die Unternehmer mit der Bewilligung der beschiedenen Forderungen der Isolierer immer am besten fahren. Auch die Achtung vor den Isolierern und ihrer Organisation ist seit dem Anschluß an den Bauarbeiterverband erheblich gestiegen und dementsprechend ist auch die Behandlung der Isolierer besser geworden, was auf einer kürzlich abgehaltenen Isoliererkonferenz von mehreren Delegierten ausdrücklich konstatiert wurde. Der Anschluß an den Deutschen Bauarbeiterverband hat also für die Isolierer gute Früchte getragen.

Im Laufe des Jahres schlossen sich dann noch mehrere kleine Lokalorganisationen dem Bauarbeiterverband an. So der Verein der Fliesenleger in Leipzig, der Verein der Maurerarbeitende in Hamburg und der Verband der Staafer Groß-Berlins. Das sind diese Lokalorganisationen, deren Mitglieder früher entweder alle oder zum Teil den Zentralverbänden angehört hatten, den Weg in die Einheitsorganisation fanden, ist wohl ein Beweis dafür, daß man auf den Bauarbeiterverband allgemein große Hoffnungen setzt.

Von größter Bedeutung wird für die baugewerbliche Arbeiterschaft die Angliederung des Zentralverbands der Stukkateure an den Deutschen Bauarbeiterverband sein, die noch dem Resultat der kürzlich vorgenommenen Abstimmung am 1. Januar 1912 vor sich gehen wird. Diese Angliederung des etwa 10 500 Mitglieder zählenden Verbandes ist um so wichtiger und notwendiger, weil die Arbeiten der Maurer beziehungsweise Putzer und Stukkateure in den verschiedensten Orten so ineinander greifen, daß sie sowohl von den Putzern wie von den Stukkateuren ausgeführt werden. Aus diesem Verhältnis heraus haben sich bis jetzt zwischen den Angehörigen der beiden Berufe häufig Differenzen ergeben, die nur sehr schwer zu schlichten waren und die wohl zu vermeiden sind, wenn die beiden Gruppen in Zukunft die Lohn- und Arbeitsbedingungen in ihren einheitlichen Sektionen gemeinschaftlich regeln. Außer diesen mehr arbeits- und organisationsstechnischen Gründen drängte aber auch der Zusammenfluß der Unternehmerorganisationen und ihr Zusammengehen bei den Arbeitskämpfen zur Schaffung der Einheitsorganisation; denn schon im Jahre 1910 nahmen die Stukkateure in Süd- und Südwestdeutschland wie in Rheinland-Westfalen gleichzeitig mit der Ausperrung der übrigen Bauarbeiter auch eine Ausperrung der Stukkateure vor. Und man darf es als sicher annehmen, daß das gemeinsame Vorgehen der Unternehmer bei zukünftigen Kämpfen ein noch planmäßigeres und engeres sein wird, so daß also die Vorarbeiten der Arbeiter doch gemeinschaftlich gemacht und die Bewegungen gemeinschaftlich geführt werden müssen. Daß alle diese Arbeiten leichter sind und daß die Kämpfe gegen ein einheitlich vorgegehendes Unternehmertum leichter und erfolgreicher geführt werden können, wenn die Arbeiter in einer Organisation vereinigt sind, ist für die Arbeiter mit ein Grund zum Zusammenfluß.

Von den anderen Organisationen, die für den Zusammenfluß mit dem Bauarbeiterverband noch in Frage kommen könnten, hat sich kürzlich noch der Verbandsbericht des Verbands der Steinsetzer, Pflasterer und verwandten Berufsgenossen mit der Verschmelzungsfrage befaßt. Für diesen Verband ist indes die Verschmelzungsfrage noch nicht dringend, weil vorläufig weder die Mitglieder der beiden Organisationen bei der Arbeit, noch die Organisationen selbst bei ihren Kämpfen in solchen Maße aufeinander angewiesen sind, daß der Zusammenfluß unbedingt erfolgen müßte. Daher beschloß der Verbandsbericht des Verbands, die Verschmelzungsfrage vorläufig noch zurückzustellen und für den Ausbau und die Stärkung der Organisation zu sorgen. — Den Anschluß an den Bauarbeiterverband abgesehen hat im Laufe dieses Jahres der Verband der Dachdecker, und der Verband der Zimmerer hat sich als Organisation mit der Schaffung einer Einheitsorganisation für die gesamten baugewerblichen Arbeiter noch nie beschäftigt.

Somit dürfte der Zusammenfluß der baugewerblichen Arbeiterschaft nach der Angliederung des Stukkateurverbandes an den Bauarbeiterverband vorläufig im großen und ganzen sein Ende erreicht haben. Hoffen wir, daß es dem Bauarbeiterverband gelingen möge, die Interessen seiner Mitglieder auch in Zukunft so wahrzunehmen, wie er dies im ersten Jahre seines Bestehens konnte.

Die „Hirsche“ und die Landarbeiter.

Die Zersplitterungsarbeit der Hirsch-Dunderrischen Gewerksvereine hat nun auch nicht halt gemacht vor dem Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter. Unter der Firma: Sektion der Fabrik- und Handarbeiter nun sein Heil mit der Organisation der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter. In Stralund soll angeblich ein Landarbeitersekretariat eingerichtet, in Triebsee (Wommern) die erste Zahlstelle der Gewerksvereinssektion gebildet sein.

In den Ankündigungen im „Gewerksverein“, der „Freiwilligen Zeitung“ u. a. wird bei einem Wochenbeitrag von 15 Pf. nach einjähriger Mitgliedschaft ein Krankengeld von 70 Pf. pro Arbeitstag auf die Dauer von vier Wochen versprochen, daneben ein Sterbegeld von 20 Mark nach einjähriger, 30 Mark nach fünfjähriger und 40 Mark nach zehnjähriger Mitgliedschaft, Rechtschutz und ein Verbandsorgan. Dabei wird gesagt, diese Unterstützungen seien wesentlich höher als diejenigen des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter, obgleich dieser höhere Beiträge verlange.

Dies ist ein glatter Schwindel. Der Landarbeiterverband hat drei Beitragsklassen zu 30, 60 und 80 Pf. pro Monat, das ist pro Jahr ein Beitrag von 3,60, 7,20 oder 9,60 Mark. Dafür gewährt er nach einjähriger Mitgliedschaft für jeden Krankheitstag eine Unterstützung in Höhe des jeweiligen Monatsbeitrages auf die Dauer von vier Wochen, also eine Gesamtunterstützung von 8,40, 16,80 oder 22,40 Mark. Die Hirsche verlangen einen Jahresbeitrag von 7,80 Mark und gewähren dafür eine Krankenunterstützung von 16,80 Mark, also genau so viel als der Landarbeiterverband für einen Beitrag von 7,20 Mark. An Sterbegeld wird in letzterem nach zweijähriger Beitragsleistung gewährt 20 Mark, 30 Mark und 40 Mark. Eine Maßregelungsunterstützung in Höhe von 30 Mark ist bei den Hirschen wie im Landarbeiterverband vorgezogen.

Die Hirsche beginnen ihre Arbeit demnach mit Schwindel. Und als Schwindel muß auch das Vorgehen bezeichnet werden, den Landarbeitern solle das Koalitionsrecht verschafft und die Befestigung der Befindeordnungen erstrebt werden. Die Landarbeiter verbänden es gerade der freimüthigen Partei, der die Gewerksvereine so nahesteht, mit, daß die Koalitionsbeschränkungen und die veralteten Befindeordnungen noch bestehen; denn sie haben z. B. bei den Beratungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs in der Kommission nicht für die Befestigung der Befindeordnungen gestimmt.

Wenn es die Leute, die hinter der neuesten Hirsch-Dunderrischen Gründung stehen, ehrlich mit den Landarbeitern meinen, hätten sie längst Gelegenheit gehabt, ihnen die rechtliche Gleichstellung mit den gewerblichen Arbeitern und damit auch das Koalitionsrecht zu schaffen. Es hätte des Umwegs über eine freimüthige Landarbeiterorganisation nicht bedurft. Das Vorgehen der Hirsche ist demnach eine neue gewerkschaftliche Zersplitterungsarbeit.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Dieser Sendung des „Steinarbeiter“ liegen die Quartalsabrechnungen bei. Die Formulare sind sofort dem Kassierer zu übermitteln.

Außerdem liegt für jede Zahlstelle eine Aufnahmeliste bei. Diese Aufnahmeliste soll nach der neuen Vertragsliste am 1. Januar 1912 ausgefüllt und an den Zentralvorstand bis zum 15. Januar 1912 eingekandt werden. Man trage zuerst nach der Reihe die Kollegen ein, welche Mitgliedsbücher besitzen, und am Schluß diejenigen mit Interimskarten. Die Nummern der Mitgliedsbücher sowie der Interimskarten bitten wir, recht deutlich zu schreiben, damit Unannehmlichkeiten vermieden werden.

Zahlstellen, wo die befallende Aufnahmeliste nicht ausreicht, erhalten unaufgefordert in nächster Zeit noch einige zugekandt.

Korrespondenzen

Alleben. In der Mitgliederversammlung vom 2. Dezember in Mucena referierte Gauleiter Steininger über Gewerkschaften und Reichstagswahlen. Er kennzeichnete die Veruche der Unternehmer, welche die Arbeiterorganisationen und Lohnbewegungen unmöglich machen wollen. Nicht genug, daß die jetzigen Gesetze schon schwer genug denjenigen treffen, der sich nach Ansicht der Gerichte gegen § 153 der Gewerbeordnung vergeht, sind nach dem Surentrwurf des Strafgesetzbuchs noch bedeutend härtere Strafen vorgesehen, welche die Lohnkämpfe enorm erschweren. Die bürgerlichen Parteien von Heydebrand bis Wassermann befolgen die Winke der Scharfmacher. Nicht genug, daß sie dem Volk enorme Kosten aufgebürdet haben, schmälern sie stets auch die Rechte des Volkes. Die Arbeiterschaft müsse diesen Auswertungen am 12. Januar einen Denktettel anhängig. Kein Arbeiter darf einem bürgerlichen Kandidaten seine Stimme geben. Kollege Ernst erstattet Bericht vom Streit bei der Firma Schiller. Die Firma habe einen Brief gekandt, in dem die Löhne festgesetzt sind, welche die Streikenden annehmen wollen. Zehn Kollegen sollen indes drotlos bleiben. Die Streikenden lehnten dieses Ansuchen ab. Kollege Steininger fordert auf, Solidarität zu üben und Herrn Schiller im Betriebe allein zu lassen. Es wurden die Neuwahlen für die Lokalverwaltung vorgenommen, in die außer Ergänzungen die bisherigen Kollegen wieder gewählt wurden. Es wurde noch beschlossen, ab 1. Januar einen Lokalbeitrag von pro Monat 10 Pf. zu erheben.

Die öffentliche gutbesuchte Versammlung in Gröna beschäftigte sich mit der Gründung einer Zahlstelle, da Alleben zu weit entfernt ist und die Verwaltung daher nicht in der Lage ist, die nötige Agitation zu bewerkstelligen. Es wurde für jeden Ort ein Hilfskassierer und ein Vertreter gewählt. Kollege Jabel (Pöschkau) verteilte die Marken und verrechnete mit dem Kassierer. Die Zahlstelle soll Wernburg und Umgebung genannt werden. Mehrere Mitglieder des Fabrikarbeiterverbandes erklärten, in den Steinarbeiterverband überzutreten, mit den Bemerkungen, daß der Steinarbeiterverband ihre Interessen besser wahren könne, da die Leitung mit den beruflichen Verhältnissen vertraut sei. Sie glauben auch, daß, wenn eine Zahlstelle am Orte ist, noch mehr zu der Einsicht kommen. Die Debatte hatte zwar etwas lange gedauert, bewies jedoch, daß die Kollegen alles daran setzen wollen, um die große Zahl der Unorganisierten dem Verbandsbezug zu zuführen. Kollege Steininger erstattete den Bericht über die stattgefundenen Unterhandlungen mit dem Geschäftsführer der Firma Schiller, aus dem hervorgeht, daß es die Firma vor Neujahr nicht nötig habe, mit den Arbeitern Frieden zu schließen. Allgemeine Beiterkeit erfolgte, als er anführte, daß Herr Schiller erklärt habe, er wolle für diejenigen, die er auf keinen Fall mehr einstelle, wo anders Arbeit suchen. Im Schlußwort wurde nochmals aufgefordert, Solidarität zu üben.

Wirkenfeld bei Pforzheim. Am 2. Dezember tagte unsere Monatsversammlung, welche von sämtlichen Kollegen besucht war. Allgemein wurde der Wunsch ausgesprochen, in den nächsten 14 Tagen eine Versammlung in Pforzheim abzuhalten, um dort festen Fuß zu fassen. Bedauerlich ist es freilich, daß die schlechtkontolnten Steinarbeiter noch auf die Weise auf die Notwendigkeit der Organisation aufmerksam gemacht werden müssen. In ungefähr 30 Steinbrüchen unserer Umgebung wird feste dranzel gearbeitet. Trotz aller Mühe der Kollegen von Wirkenfeld ist es nicht möglich, dort auch nur einen einzigen für den Verband zu gewinnen. Es sind dies die Orte Gräfenhausen, Beller und Jittersbach. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, zur Reichstagswahl kräftig zu agitieren und nach Möglichkeit alle an der Flugblattverteilung teilzunehmen.

Bürgstadt a. M. In der Nummer 49 des „Steinarbeiter“ ist unter Miltzenberg ein Artikel erschienen, der geeignet ist, die Zahlstelle Bürgstadt in ein schlechtes Licht zu stellen. Eingangs findet der Artikel volle Anerkennung der Bürgstadter Kollegen. Kommen wir dann zum nächsten Absatz, so könnte man galubien, in dieser Ecke wäre Arbeit in Hülle und Fülle. Uns Bürgstadter Kollegen ist bekannt, daß gerade bei der im ersten Beispiel genannten Firma ein Kollege Arbeit übertragen erhalten hat. Dieser Kollege soll, wie verlautet, allerdings die ihm übertragene Aufgabe etwas billiger übernommen haben als dieselben auf dem Werkplatz Bürgstadt bezahlt wurden. Nun zu dem Prozentabzug. Für den Abzug ist doch nicht die Bürgstadter Zahlstelle verantwortlich zu machen, sondern es waren doch bei dieser Sonderabmachung auch Amorbach, Eichenbühl und die klugen Kollegen der Zahlstelle Miltzenberg vertreten. Nach dieser Abmachung ergibt sich aber ein andres Bild als 13 Prozent Abzug, denn darin ist für glatte Flächen 3 Prozent, für Glieder, 10 Prozent Abzug enthalten. Hiernach der Durchschnitt 6 1/2 Prozent. Durchschnittlich kommen mehr glatte Flächen vor als Glieder, es ist also der Abzug mit 6 1/2 Prozent noch hoch gegriffen. Beim zweiten Beispiel sind für ein Werkstück in Hardheim 22 Mark, in Bürgstadt 11 Mark bezahlt worden. Nun ist im Artikel betont, die Kollegen seien nicht tarifgemäß. Es liegt bei uns Bürgstädtern fest, daß bei diesen 22 Mark 8 Mark Härtezulage sind, bleiben also nur noch 14 Mark. Dann hat der Hardheimer Stein nach dem Normaltarif nur 15 Prozent Abzug, während der Breginger, der ja für uns nur in Betracht kommt, 20 Prozent Abzug enthält. Es ist uns auffallend, daß sich die Kollegen von Miltzenberg stets um die tariflichen sowie gewerkschaftlichen Verhältnisse der hiesigen Kollegen kümmern, indem auch in Miltzenberg noch ein großes unbearbeitetes Feld vorzufinden ist. Man betrachte sich zum Beispiel den Werkplatz Winterfeld. Wir sind nicht gewohnt zu nörgeln, aber möchte der Berichtshatter höchstens in seiner Zahlstelle Umschau halten, und es wird wohl kein Artikel erscheinen, der den Unternehmern ein heimliches Lächeln entlockt. J. E.

Gailbach. Am 10. Dezember tagte beim Gastwirt Neuberger eine Mitgliederversammlung. Der Vorsitzende Otto sprach über: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Nach einer tüchtigsten Diskussion der Kollegen wurde beschlossen, daß im Frühjahr eine Lohnhöhung eintritt müße, da bei der immer steigenden Teuerung mit dem jetzigen Verdienst nicht mehr auszukommen sei. Ueber Platzangelegenheiten wurde besprochen, daß ebenfalls die Bundesratsverordnung besser durchgeführt werden müße. Unter Punkt Berichtigendes wurde das Verhalten des Unternehmers Heiter in Heidenrücken stark gerügt. Einige Kollegen von Gailbach waren dort beschäftigt und erhielten Peterabend ohne Kündigung. Dieselben gingen ans Gewerbeamt und verlangten Entschädigung für 14tägige Kündigung. Nach einer Unterredung vom Gewerbeamt ließ Herr Heiter die Kollegen durch Einschreibebrief benachrichtigen, sie sollten kommen und weiterarbeiten. Ein Kollege einigte sich mit Heiter und arbeitete die 14 Tage, die übrigen mußten mit Gehobem zum Vergleich treten.

Gera. Seit dem 11. Dezember stehen die Granit- und Marmorarbeiter der Firma Nord u. Ebelmann im Streik. Die Ursache liegt in der Entlassung eines Kollegen, doch ist es diese nicht allein, es hat sich in den Reihen der bei der Firma beschäftigten Kollegen durch verschiedene Vorkommnisse eine gewisse Erbitterung eingestellt, die umgekehrt auch bei den Firmeninhabern vorhanden ist. Jetzt bei der Entlassung des Kollegen ist es direkt zum Bruch gekommen und muß die Zeit beiderseits abkühlend wirken. Wenn alle die Vorkommnisse so geschildert werden sollten, müßte ein spaltenlanger Artikel geschrieben werden, doch hat die Öffentlichkeit an all den kleinen Mädelchen kein Interesse. Zu wünschen ist nur immer, daß bei Unstimmigkeiten beiderseits sofort die Sachlage geklärt wird; das Aufreißern solcher Angelegenheiten hat keinen Wert und führt zu Ungerechtigkeiten gegen einzelne Personen. Unsere Kollegen haben der Firma zugleich auch eine neue Tarifvorlage gestellt, da mit dem 1. Dezember der bisherige Tarif sein Ende erreicht. Sie verlangen nun ferner, daß der entlassene Kollege wieder eingestellt wird und dann wollen sie mit dem Maschinenist und Schmidt des Werks nicht mehr zusammenarbeiten, denn dieser ist nicht ganz unzufällig an den ganzen Differenzen. Er nimmt sich viele Rechte heraus und beschimpft unsere Mitglieder als „rote Salunken“ usw. — Eine Besprechung der Sachlage mit den Firmeninhabern und einer Kommission, zu der Kollege Steinhilf vom Zentralvorstand mitginge, führte zu keiner Verständigung, da die Firma den Entlassenen nicht wieder einstellen will. Die weitere Entwicklung muß nun abgewartet werden. In einer Versammlung am 9. resp. 10. Dezember wurde die Angelegenheit besprochen, die nötigen Verhaltensmaßregeln vom Vorstandspräsidenten gegeben und ferner beschlossen, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten. Es entspann sich noch eine längere Debatte über die Entlohnung der Steinmehnen an der hiesigen Eiserstraße, die aus Beton hergestellt wird. Die Sache hat sich geregelt und klärte sich in der Debatte auf. Die Geraer Kollegen ersuchen nun, jeden Zugang fernzuhalten und dadurch die hiesigen Granit- und Marmorarbeiter zu unterstützen.

Hejenthal. Unsere am Sonntag, den 20. November, stattgefundene Versammlung, in der auch Sanleiter Kollege Lohse aus Würzburg anwesend war, hätte besser besucht sein können, welches vom Vorsitzenden streng gerügt wurde. Im Laufe der Versammlung gab Kollege Lohse auf verschiedene Fragen die nötige Auskunft, ferner erläuterte er uns den Unterschied zwischen Lohn- und Betriebskrankenkasse. Am Schluß der Versammlung legte Lohse noch den Kollegen ans Herz, jahe zur Organisation zu halten und die Versammlungen in Zukunft besser zu besuchen, auch die noch ausstehenden Berufskollegen mit gutem Beispiel dahin zu bringen, daß sie dem Verbands endlich beitreten. Die Ausführungen Lohses wurden mit Begeisterung aufgenommen. Wir wünschen den Sanleiter recht bald wieder in unserer Mitte begrüßen zu können.

Kappelrodt. Der Steinmehmeister Sid will seinen paar Arbeitern die Bühne kürzen. Es besteht ja ein Tarif, aber der scheint dem Herrn E. nicht im Wege zu stehen. Die Kollegen legten nun die Arbeit nieder, und nun meint der Meister, es bestände ein Komplott. Es ist sehr häßlich und nett, wenn ein ehemaliger Steinmeh auf solche Schliche kommt. Die Kollegen, welche Herrn E. früher auf die Bühne geholfen haben und Überstunden machten, mag er besonders „geru“ leiden. Wie wäre es, wenn der Meister zunächst seine Verhältnisse verbessern würde? Vorläufig werden die Kollegen den Sid'schen Betrieb meiden.

Lahn (Schleifen). Die Firma Hugo Anders-Dunzlau betreibt in Waltersdorf bei Lahn einen roten Sandsteinbruch, in welchem die Höfsteine für den Schloßbau des Fürsten Pleß in Fürstentum gebrochen und zum größten Teil auch gleich verarbeitet werden. Ein kleiner Teil der Steine geht nach Dunzlau und wird dort auf dem Anders'schen Plage verarbeitet. Beschäftigt sind im ganzen 26 Mann (Steinmehnen, Brecher und Arbeiter), die auch seit dem Sommer d. J. alle organisiert sind. Für die Steinmehnen ist der Dunzlauer Tarif maßgebende Entlohnungsart, für die Brecher, welche das sahe Material los-schleifen und brechen, gilt Tagelohn. Für die Schrotter, drei bis vier Mann, wurde im Februar d. J. eine Abmachung getroffen, in der Weise, daß für den Quadratmeter hohler Fläche 120 Mark bezahlt wurde. Ein System, wie es im Dunzlauer Bezirk flus ist. Die Abmachung ist bisher von Anders tadellos eingehalten worden. Vor einiger Zeit behaupte Anders seinen Voller und stellte einen von den Steinmehnen an. Seit der Zeit will es nicht mehr gehen. Alle Augenblicke hat es etwas andres. Mir-slich nun wurden die Hoffener wieder vor die Alternative gestellt, entweder nach Kubitzmehnen zu brechen oder aufzugeben. Die

Steine wurden ferner bruchrauh, also wie sie fielen, den Steinmehnen in Arbeit gegeben, und diese mußten sie gegen Bezahlung abholfieren. Der Voller verfolgt dabei die übliche Taktik aller der Leute, die aus unsern Reihen hinüberwechselten, durch das Gegeneinanderauspielen der Kollegen sich die Organisation vom Hals zu schaffen. Der Betrieb Anders ist gesperrt. Der Voller wird wahrscheinlich versuchen, hiesige Kollegen anzuwerben. Er wird sicherlich nach der Heufchauer seine Blitze werfen, damit ihm seine Landsleute zu Hilfe kommen sollen. Aber das wird ihm kaum glücken.

München. In der am 26. November tagenden Versammlung gab Kollege Vink einen ausführlichen Bericht über die am 14. und 15. Oktober in München tagende Bauarbeiterkongress. Aus den Ausführungen war zu entnehmen, daß in Bayern samt den Einrichtungen der Baukontrolleure noch die größten Unfallschiffera zu verzeichnen sind. Die Versammlung ist der Anschauung, daß auf diesem Gebiete noch viel geleistet werden muß und nur dadurch besser erreicht werden kann, wenn die Arbeiterschaft einen Bauarbeiter als Vertreter in den bayrischen Landtag entsendet, zu dieser Eigenschaft glauben die Kollegen, daß sich Genosse Werfel-Münchberg, der sich schon auf diesem Gebiete eingearbeitet hat, am besten eignet. Die Steinarbeiter hoffen, daß im Interesse des Bauarbeiters die zuständigen Instanzen dazu einigen werden. Beim Kassenbericht gab Kollege Käfer u. a. bekannt, daß 32 Neuaufnahmen im 3. Quartal gemacht wurden. Die Revisoren befähigten, daß Kasse und Bücher in bester Ordnung waren. Unter örtlichen Angelegenheiten wurde darauf hingewiesen, daß unsere Vertreter im Gemeindefolkertum jederzeit danach trachten sollen, daß Steinmeharbeiten für die Stadt München, außer Plaster- und Handsteine, an hiesige Steinmehmeister vergeben werden und die Arbeit hier angefertigt werden muß. Die Versammlung bewilligte für die durch Wolfen-bruch geschädigten Kollegen in Seidingsfeld und Grünfeld 30 Mark. Für die Partei wurden in Hinficht auf die jetzt kommenden Reichstags- und Landtagswahlen 30 Mark bewilligt, für die ausgesperrten Tabakarbeiter ebenfalls 25 Mark. Weiter wurde beschlossen, Protokolle der Bauarbeiterskongress, ebenso die Broschüren über Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung zu bestellen. Die Kollegen allerorts werden aufmerksam gemacht, daß zurzeit in München im Kaufsache eine große Arbeitslosigkeit herrscht. Das häßliche Arbeitsamt gibt selbst in der Öffentlichkeit bekannt, daß Arbeitsangebote die Arbeitsnachweisungen in nie dagewesener Weise übertreffen. Nach Erledigung interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende Kollege Erlacher die schön verlaufene Versammlung.

Posen. Am 3. Dezember fand unsere übliche Monatsversammlung statt, welche gut besucht war. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Wübbe, die Versammlung eröffnet hatte, wurde für den vor kurzem abgereisten Schriftführer ein neuer gewählt. Hiernach meldete sich Kollege Zybizenski, welcher schon mehrmals dem Verbands angehört, zur Wiederaufnahme. Diese erfolgte auch nach kurzem Widerspruch einiger Mitglieder. Eine rege Debatte entspann sich über das ungehörliche Verhalten des Kollegen Lohse. Für die vom Unglück betroffenen Kollegen in Grünfeld wurden 15 Mark bewilligt. Eine darauf zurückgehende Sammel-liste für die ausgesperrten Tabakarbeiter ergab auch ein hübsches Stämmchen. Zum Schluß wurde das Ablaufen des Tarifs in Erinnerung gebracht.

Steinach. Unsere am Sonntag, 26. November, stattgefundene Mitgliederversammlung war sehr gut besucht. Erschienen war unser Sanleiter, Kollege Lohse aus Würzburg. Wichtige Punkte standen zur Beratung: 1. Revisionsbericht und 2. Einführung eines Sozialzuschlags zum Zweck einer örtlichen Krankenunterstützung. Der Bericht, der am 22. November vorgemommenen Revision wurde vorgetragen und als in bester Ordnung bestätigt. Die Einnahme betrug 515.50 Mark, die Ausgabe 475.50 Mark, bleibt Kassenbestand 39.11 Mark. Unsere Zahlstelle weist gegenwärtig 155 Mitglieder auf. Punkt 2 wurde seitens der Vorstand-schaft begründet. Kollege Lohse gab seiner Freude Ausdruck über den guten Besuch der Versammlung, er sehe hieraus, daß eine große Begeisterung unter den Mitgliedern vorhanden ist und er hoffe, daß sie auch fernerhin treu zum Verbands halten; auch habe er während seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit die Erfahrung gemacht, daß ernige Zahlstellen auch wieder ebenso schnell zugrunde gehen, wie sie aufblühen. Zu Punkt Krankenunterstützung wünschte Kollege Lohse, recht porständig zu Werke zu gehen und empfahl, eine Urabstimmung vorzunehmen, um so ein klares Bild von der ganzen Sache zu bekommen. Der Vorschlag wurde von der Versammlung angenommen. Zum Schluß erwähnte der Vorsitzende die Kollegen, persönliche Angelegenheiten nicht als Ursache zum Austritt aus dem Verbands zu benutzen, ferner die Bierbankpolitik zu meiden, um so unsere Zahlstelle nicht nur auf ihrer jetzigen Höhe zu erhalten, sondern noch einen bedeutenden Fortschritt zu verzeichnen.

Striegau. In der am 28. November in der Bierquelle in Gräben abgehaltenen starkbesuchten Steinarbeiterversammlung wurden zunächst die Renwahlen der Zahlstellenfunktionäre vorgenommen. Aus der Ortsverwaltung, die einstimmig wiedergewählt wurde, schied Kollege Schlauch als Schriftführer auf eigenen Wunsch aus; an seiner Stelle wählte die Versammlung einstimmig den Kollegen Gustav Mosig. Die alten Revisoren verblieben in ihren Ämtern, einige Kartelldelegierte wurden neu-gewählt. Die Sanleitung wurde ebenfalls einstimmig wiedergewählt; ihre Amtsdauer soll jedoch mit dem nächsten Verbands-tage zu Ende gehen. Nach Erledigung der Wahlen erstattete die Tarifkommission ihren Bericht. Die Versammlung nahm die von der Kommission ausgearbeitete Vorlage beifällig auf und beauftragte die Ortsverwaltung, die Vorlage an die Vereinigung der Steinbruchbesitzer von Striegau und Umgegend einzurufen. Damit war die Kündigung des alten Tarifs ausgesprochen und die Zahlstelle tritt in eine Lohnbewegung ein. In der Diskussion über die Vorlage kamen die Redner immer wieder auf die un-aufhörlich steigenden Lebensmittelpreise zu sprechen. Nach vor einem Jahrzehnt bestand zwischen den Lebensmittelpreisen in Schlesien und denen der Industriegegenden in Mittel- und West-deutschland und der großen Städte ein erheblicher Abstand. Die allgemein bekannten niedrigen schlesischen Löhne fanden in den niederen Lebensmittelpreisen bis zu einem gewissen Grade einen Ausgleich. Seit den letzten Jahren hat sich dieser Abstand jedoch immer mehr verringert, und im letzten Jahre sind in Schlesien genau solche Hungersnotpreise zu verzeichnen, wie im übrigen Deutschland. Die Löhne aber sind kaum gestiegen, in unserm Norde vielfach noch gesunken. Die großen Industriemagnaten und Grundherren a la Fürst Pleß, Prinz-Bismarck, Herzog von Ratibor, Graf Schaffgotsch, Donnersmarkt, Ballestrum usw. be-nützen ihre wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Macht, um die schlesischen Arbeiter mit Gewalt niederzuhalten. Und all die sonstigen mehr oder weniger kleinen und großen Ausbeuter sehen getreulich ab, wie sich die großen Volksausplünderer räuspern und wie sie spucken. Heute ist es tatsächlich nicht iderredend, wenn gesagt wird, die schlesischen Arbeiter kämpfen mit der Hungersnot. Allgemein kam auch die unverfälschte Meinung zum Ausdruck, daß die Striegauer Steinbruchbesitzer, welche ja im Gegenzug zu ihren Reichtümern ein gutes Jahr hinter sich haben, der schweren Not der Zeit Rechnung tragen und sich mit ihren Arbeitern verständigen würden. Wir wollen hoffen, daß die Herren Unternehmer die Hoffnung der Arbeiter nicht zu-kommen machen. Nach Festlegung der Entschädigung an die Kommissionsmitglieder erreichte die imposante Versammlung ihr Ende.

Weimar bei Kassel. Die Firma Franz Bauh (Stz Kassel) teilt uns berichtigend mit, daß der Steinarbeiter Heinrich Dröbner deshalb kürzlich entlassen wurde, weil er früher Vor-schlag gefaßt hatte, aber denselben nicht abarbeitete. Ein Bruch-

meister stellte Dröbner im November d. J. wieder ein, ohne ihn wiederzuerkennen. Als der Bruchmeister erfuhr, daß D. noch mit einem Vorstoß im Bunde stände, erfolgte die Entlassung. Eine Maßregelung war damit nicht im geringsten beabsichtigt.

Wälzath (Meinland). Hier befinden sich große Kalksteinebrüche, worin neben wenigen deutschen Kollegen hauptsächlich Italiener beschäftigt sind. Es gelang vor einiger Zeit, eine größere Anzahl davon in unserm Verbands zu organisieren. Leider ist infolge eines Vorkommnisses eine Anzahl Kollegen, weil die Regelung der betreffenden Sache nicht so ganz nach ihren Wünschen erfolgt ist, aus dem Verbands ausgetreten. Voraussetzlich werden aber die Kollegen dies bald bereuen, denn die Betriebs-leitung wird mit Lohnabzügen kommen. In den Betrieben sind auch eine Anzahl Kollegen aus G o m m e r n beschäftigt, dieselben kümmern sich aber, abgesehen von einigen Ausnahmen, fast gar nicht um die Ausbreitung der Organisation unter den noch fern-stehenden Kollegen. Ja, einige davon sind noch mit ihren Bet-trägen im Rückstand. Bei den Ermahnungen des Kassierers ver-sprechen sie wohl, zu zahlen, aber sie halten nicht Wort. Gerade die Kollegen aus Gommern müßten doch den Wert der Organi-sation erkannt haben, denn hier, wie auch in Gommern handelt es sich um kapitalstärkige Unternehmer, denen nur durch einiges an geschlossenes Vorgehen der Arbeiter eine Aufbesserung der Akkordpreise und Stundenlöhne abgerungen werden kann. Es gewinnt aber bald den Anschein, als wenn einige Gommerner Kollegen aus Furcht vor dem Unternehmer oder Bruchmeister nicht wagen, von ihren geschulden Rechten Gebrauch zu machen. Vielleicht sind sie auch der sehr irrigen Meinung, die Firma würde die Lohn- und Arbeitsverhältnisse von selbst verbessern. Gerade die in der letzten Zeit wiederholt schwerer Betriebsver-lesungen, welche eine Anzahl Steinbrucharbeiter betroffen hat, müssen den Kollegen doch die Bedeutung der Organisation nahe-legen. Diese Unfälle könnten zum größten Teil vermieden werden, wenn seitens der Firma die Unfallverhütungsvorschriften besser beachtet würden. Wenn wir an die fremdländischen Kollegen wegen Beitritt zum Verbands herantreten, dann sagen uns die Kollegen mit einem gewissen Recht, organisiert erst einmal eure eigenen Landsleute. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß nun die Gommerner Kollegen sich auf ihre Pflichten der Organi-sation gegenüber bestimmen.

Würzburg. Im Muschelkalksteingebiet ist gegenwärtig der Geschäftsgang ein äußerst schlechter. Die Arbeitslosigkeit im ganzen Bezirk ist eine große. Die Firma Schilling in Kirchheim, die noch vor einigen Wochen 170 Steinmehnen beschäftigte, ist infolge der Einstellung eines großen Neubaues noch nicht in der Lage, die vorhandenen circa 50 Steinmehnen ausreichend zu be-schäftigen. Die Firmen Gebr. Ziebler, Holzmann und Wetter haben noch einige Arbeit, während die kleineren Unternehmer Mangel an Aufträgen haben. Unsere reisenden Kollegen können keinesfalls auf Arbeit im bezeichneten Gebiet rechnen. Desgleichen ist ein Überangebot von Abräumern und sonstigen Hilfsarbeitern zu verzeichnen, da die bäuerliche Bevölkerung die Steinbrüche überläuft.

Steinaus-schreibungen.

- Landesbauinspektion in Diez. Ausführung der Arbeiten und Lieferung der Materialien zur Herstellung von Basaltklein-pflaster.
- Hochbauamt in Chemnitz. Ausführung von Steinmeharbeiten aus Gipsstein für den Neubau der höheren Mädchenschule.
- Städtisches Hochbauamt in Neuh. Für den Neubau des Hauses Markt 12: Steinmeharbeiten in Fichtelgebirgs-Granit, Ettringer Tuff und Basaltlava.
- Egl. Eisenbahnbauabteilung in Zielentz. Lieferung der Pflastersteine zur Pflasterung auf den Bahnhöfen der Neubaustrecke Kohns-Weilentz.
- Egl. Eisenbahnbauabteilung III in Frankfurt a. M. 77 Kubikmeter Werksteine in Basaltlava für den Personen- und Gepäckknoten sowie für die Stützmauer nebst Unterbauten für Schaffner pp. nebst Portal für die öffentliche Personenunter-führung auf Frankfurt-Süd.
- Hochbauamt in Diefelfeld. 519 Kubikmeter Basalt-kroten, 58 Kubikmeter Basaltspalt, 102 Kubikmeter Basaltklein-pflastersteine frei Bahnhof im Kreise Lütbede, Westf.
- Bauamt in Langerfeld bei Barmen. 6500 Quadratmeter Pflastersteine aus bestem Granit für die Kanalar- und Dehberstraße.
- Groß. Egl. Eisenbahnbauabteilung I in Friedberg, Hessen. Steinmeharbeiten zur Herstellung eines Lokomotiv-schuppens auf Bahnhof Friedberg i. S.
- Egl. Bauamt in Lingen a. d. Ems. Zum Bau der Schlapp-angelschen Klode (km 112,5 des Dortmund-Ems-Kanals) und Pessele (km 184,4) Abdeckplatten aus Niedermerdinger Basalt-lava zusammen in einem Lose oder nach Baustellen getrennt. Ge-samtfläche der 20 Zentimeter starken Platten beträgt 780 Quadratmeter.
- Hochbauamt in Leipzig. Granitbauarbeiten zum Er-weiterungsbau des Johannishospitals in L.-Thonberg an der Nieder- und Stötteriger Straße.
- Landesbauamt in Krefeld. 1948 Kubikmeter Basaltklein-schlag für 1912.
- Magistrat, Hafendeputation, in Stettin. 82 Kubikmeter Werksteine zum Bau der ersten 200 Meter langen Kaimauer im Industriegebiet der Stadt Stettin.
- Der evangelische Gemeindevorstand in Münsterberg in Schlesien. Steinmeharbeiten zum Erweiterungsbau des evan-gelischen Gemeindehauses Bethanien.
- Magistrat in Charlottenburg. Ein Teil der Stein-meharbeiten zum Rathaus-Erweiterungsbau Berliner und Althowstraße, Charlottenburg.
- Egl. Eisenbahnbetriebsamt in M. - G l a d b a c h. Circa 1500 Quadratmeter Kleinpflastersteine usw. aus Grauwade zur Pflas-terung der Fußstraße auf Bahnhof Wegberg.
- Stadtbauamt in Remünster. Lieferung von Pflaster-materialien für das Rechnungsjahr 1912: 1. 8000 Quadratmeter Granit-Weißsteine, Klasse 2b. 2. 1000 lfd. Meter Granit-Vor-steine.
- Stadtbauamt in Kassel. Granitarbeiten, circa 470 Meter Granitstufen und sonstige Arbeiten. Sandsteinarbeiten, circa 190 Quadratmeter Eckelverblendung, 40 Kubikmeter Sandstein, eventuell mehr für den Neubau der Bürgerschule für Kassel-Stad-telmal.
- Egl. Eisenbahndirektion in Breslau. Ausführung der Sandsteinarbeiten (rund 1100 Kubikmeter) für den Neubau des Geschäftsgebäudes.

Rundschau.

Der § 198 des Strafgesetzbuchs und die Gewerkschaftsgesetze. Der Redakteur der „Allgemeinen Deutschen Gärtnereizitung“ war künstlich vor dem Schöffengericht Berlin angeklagt, weil er Mit-stände in einer Gladbacher Gärtnerei kritisiert hatte. Die Dar-stellung erwies sich zum Teil als Übertreibung. Das Gericht verurteilte den zur Wahrnehmung der Interessen der Gärtner be-stellten Redakteur den Schutz des § 198 des Strafgesetzbuchs mit folgender Begründung: „Der von dem Angeklagten beantragte Schutz des § 198 des Strafgesetzbuchs darf nicht gewährt werden. Der verantwortliche Redakteur kann sich nur dann auf den Schutz des § 198 berufen, wenn der betreffende Artikel zur Wahrung eigener Interessen geschrieben ist, die den Redakteur persönlich nahe angehen. Eine solche persönliche nähere Be-ziehung des Angeklagten zu dem wahrgenommenen Interesse der

Organisationshilfen kann jedoch in seiner Eigenschaft als Redakteur des „Organ“ des Allgemeinen Gärtnervereins allein nicht gefunden werden. — Die Berufungsinstanz kam nicht mehr in die Lage, diese für die Gewerkschaftspressen als recht hochmoralische Urteilsbegründung nachzuprüfen, da ein Vergleich geschlossen wurde. Es ist eine unmögliche Rechtsauffassung, daß die Gewerkschaftspressen nicht in Wahrnehmung berechtigter Interessen handeln, wenn sie Mißstände in Betrieben ihres Berufs berichten.

Leistungsvertragsklausel und staatliche Lieferungen. Wie die „Soziale Praxis“ mitzuteilen weiß, werden demnächst die wichtigsten Reichs- und Staatsbehörden in kommissarische Beratungen über die Frage eintreten, ob und inwieweit die Anregung des Reichstags, bei der Vergabe von Reichs- und Staatsaufträgen solche Bewerber zu bevorzugen, die mit ihrer Arbeiterschaft einen Leistungsvertrag abgeschlossen haben, entprochen werden kann. Da kann man ja gespannt sein, wie es die Drahtzieher der öffentlichen Gewerkschaften wieder verstehen werden oder schon verstanden haben, aus Schwarz Weiß zu machen, d. h. sich in Vorschriften und Eingaben als die verfolgte Unschuld hinzustellen und ihre numerische Bedeutungslosigkeit im Leistungsvertragswesen zur Hauptsache so fusteln und damit weitere wichtige Fortschritte im Leistungsvertragswesen zu unterbinden, weil sonst die nach tariflicher Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse strebenden freien Gewerkschaften weitere Vorprünge erzielen würden.

Dem **Steinmetzmeisterverband** sind folgende Unternehmer beigetreten: G. Siebert-Zabern; E. Revesque-Niederweiler; G. Zimmermann-Schönberg; S. Herz-Dossenheim; M. Gattiger-Kreuzer; J. Könniger-Ottersweiler. — Genannte Firmen unterhalten ihre Betriebe in Elßaß-Lothringen und Baden. Hoffentlich wissen unsere dortigen Kollegen, was sie nun zu tun haben.

Unverkündlich. Die Magener Steinbruchbetriebe sollten durch Anlegung einer elektrischen Grubenbahn rentabler gestaltet werden. Der Verein Bafalklava-Werke hat nun das Projekt, welches von der Stadt Magden durchgeführt werden sollte, abgelehnt. Einen solchen Beschluß im Zeitalter der Elektrizität können wir wahrhaftig nicht begreifen.

Die **Marmorarbeiten** zum Festsaal des Rathauses in Hannover wurden der Firma Junk übertragen. Es sollen sehr viel fertige Marmorarten zur Verwendung gelangen.

Flauer Geschäftsgang herrscht in der Monumentalindustrie des Südtälgebirges. Die Schleifer schaffen teilweise mit reduzierter Arbeitszeit. Auch die Steinmetzen haben nicht allzuviel zu tun. In Granitbrüchen der Ruffeine wurden die Brecher teilweise entlassen, weil es an Aufträgen mangelt. Nur im Marmorwerk Seuffen wird flott gearbeitet.

Eine **Meisterschule** wird in Frankenthal (Pfalz) errichtet. Es sollen dadurch der pfälzischen Steinindustrie tüchtige Techniker zugeführt werden.

Submissionsblätter im Steinmetzgewerbe. Die Steinmetzmeister geben mitunter sehr tolle Submissionsofferten ab. An zwei Beispielen sei das bewiesen:

Kiel. Die Gartenstadt-Terrain-Gesellschaft Kronshagen hatte die Arbeiten und Lieferungen für einen Straßenbau von circa 600 Meter Länge ausgeschrieben. Mindestfordernde waren 22 u. Horn mit 36 405.90 Mark, Höchstfordernde Caspersen mit 270.10 Mark. Das sind rund 25 Prozent Unterschied. So etwas sollte unter Leuten, die sich in mancher andern Beziehung recht einig sein können, nicht vorkommen.

Breslau. Bei der Ausschreibung für die vorläufige Pflasterung der Kürassierstraße zwischen der Kürassierkaserne und dem alten Gräbichener Kirchhofe sind sieben Offerten von hiesigen Steinmetzfirmiten abgegeben worden. Die höchste Forderung betrug 67 256 Mark, während das niedrigste Angebot nur in Höhe von 35 963.50 Mark abgegeben wurde.

Da macht es der eine beinahe für den halben Preis, den der andre glaubte fordern zu sollen. Der eine von den beiden sollte ja also sein Lehrgeld zurückzahlen lassen und die Kosten seiner „Meisterprüfung“ dazu, wenn er sie bestanden haben sollte.

Urteil eines Arztes über das gefährliche Riemenauflegen. In einem Dorfe in Südhannover wurde ein Arbeiter einer Zementfabrik beim Riemenauflegen, das in vollem Betriebe geschah, getötet. Der zu der Leichenschau hinzugezogene Kasernenarzt der betreffenden Fabrik hatte mit Recht diese wie die Betriebsunfähigkeit mancher andern Fabrik als moderne Menschenheitschuld bezeichnet, die endlich aufhören müsse. Die Leiter der Fabrik fühlten sich verletzt und stellten Klageantrag mit dem Erfolge, daß nach dem Freisprüche der ersten Instanz die Berufungsinstanz auf 30 Mark Geldstrafe erkannte. Ein Kasernenarzt, führte der klägerische Anwalt aus, habe die Verpflichtung, nur beruhigende Worte auszusprechen.

Konsumvereine mit Millionenumsätzen. Die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau“ veröffentlichte in Nr. 48 eine Uebersicht über die Konsumvereine mit Millionenumsätzen. Danach zählt der Zentralverband deutscher Konsumvereine nach seiner letzten Statistik 63 Vereine mit Umsätzen mit mehr als einer Million Mark. Unter den dem Allgemeinen Verbande deutscher Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften angeschlossenen Vereinen befinden sich zwei Vereine, deren Umsätze eine Million übersteigen, während der Verband westdeutscher Konsumvereine nur zwei Genossenschaften von diesem Umfange zählt. Den größten Umsatz erzielte der Breslauer Konsumverein mit 21½ Millionen Mark bei 94 000 Mitgliedern. Ihm recht nahe kommt Leipzig-Plagwitz mit 18½ Millionen Mark bei 45 000 Mitgliedern. Hier ist also die Benutzung des eigenen Geschäfts durch die Mitglieder viel reger als in Breslau. An nächster Stelle steht die Hamburger Produktion mit 10 Millionen Mark Umsatz bei 42 000 Mitgliedern. Der letzte Jahresabschluss der Produktion, der bei der Aufstellung der Statistik des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine noch nicht berücksichtigt werden konnte, zeigt freilich schon einen Umsatz von 13 Millionen Mark. Die vielen Verschmelzungen, die in letzter Zeit vorgenommen worden sind, werden die Zahl der Konsumvereine mit Millionenumsätzen in nächster Zeit wohl ganz außerordentlich in die Höhe schnellen lassen.

Die **größte Statue der Welt** wird voraussichtlich die für den Lincoln-Park in San Francisco geplante Kolossalstatue werden, da sie an Größe die bekannte Freiheitsgöttin im Hafen von Newyork noch übertreffen soll. Der Plan wird in Künstlerkreisen lebhaft erörtert, da der Bildhauer M. S. Mathews dafür eine Preisauktion mit einem ersten Preise von 12 000 Dollar und mehreren andern Preisen von insgesamt 8000 Dollar vorgeschlagen hat. Mathews ist der Ansicht, daß das Denkmal größere Dimensionen haben muß, als die Bartoldische Freiheitsstatue, weil sich dieses Monument direkt vom Wasserspiegel aus erhebt, während das Denkmal im Lincoln-Park in einer Höhe von mehreren hundert Fuß über der Bai von San Francisco zu stehen kommen wird.

Wo soll das hinaus? Zum Polizeidienstgebäude in Frankfurt a. M. sind 138 Kubikmeter Steinmetzarbeiten aus Zuffstein nötig. Es forderten: M. Poritz, Weibern 6486 Mark, J. Huft, Niefern 8694 Mark, Kaisersteinbruch A.-G., Köln 9450 Mark. Diese Differenz ist ja geradezu ungeheuerlich.

Berichtigung. Die Firma M. Schütz u. Co. in Mayen teilt uns mit, daß sie bei der Submission zu den Arbeiten der Heilig-Kreuzschule in Frankfurt a. M. nicht ein Angebot von 2480.25 Mark abgab, wie es im „Steinmetz“ Nr. 47 hieß, sondern ein solches von 5480.25 Mark. — Wir nehmen von der Mitteilung der Firma Schütz sehr gern Notiz.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 4. bis mit 9. Dezember 1911.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Insuperate.)

- Gefrees, B. 217.78, K. 5.90, M. 2.80. Hof, B. 42.—. Kirchberg, B. 168.—. Kappelrodt, B. 194.—. Ludwigshafen, B. 150.—. Marktleuthen, B. 2.10, K. 0.90. Ober-Slogau, B. 2.10. Dittelsdorf, B. 3.20. Arnsdorf, B. 195.—. Breslau, K. 20.—. Alleben, B. 106.—, K. 0.60. Crawinkel, B. 100.—. Rameng, B. 234.—. Rammelsbach, B. 235.20. Schwerin, B. 2.30. Großhöf, B. 6.70. Meßersdorf, B. 6.10. Wolfenbüttel, B. 4.80. Leopoldstal, B. 3.70. Rathenow, B. 1.70. Langenlitz, Ins. 2.—. Randern, Ins. 6.—. Waldenburg, Div. 1.03. Wurzen, B. 634.—. Köbelsin, B. 84.—. Hamburg II, B. 769.50, E. 10.—, K. 10.—, M. 5.20. Hemsbach, B. 250.—. Feschenbach, B. 194.—. Müggeln, K. 0.30. Neuhaus a. Rh., B. 2.80. Saalburg, Ins. 5.60. Faulbach, B. 308.28, E. 10.—, K. 7.70. Demitz-Thumitz, B. 336.—. Magden, B. 399.—, K. 1.—.

Ludwig Geist, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV. zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Büzburg. Für die durch Wolkenbruch geschädigten Kollegen in Grünfeld und Heibingsfeld gingen an freiwilligen Beiträgen bis 1. Dezember folgende Gelder ein: Kirchberg i. Sa., 30.—. Reiffenhäuser, 5.—. Hasserode, 19.—. Dortmund, 50.—. Raumburg a. S., 10.—. Pölsch i. Sa., 25.—. Freiburg i. Bad., 15.—. Berlin, Platz Wetter, 5.—. Münster, 10.—. Eßershausen, 44.25. Magdeburg, 7.50. Jena, 20.—. Balduinstein, 5.—. Stettin, 5.—. Kirchengamitz, 5.—. Caspel, 25.—. Schupbach 10.—. Cöln II, 20.—. Bayreuth, 10.—. Plauen i. Vogtl., 12.—. Chemnitz, 30.—. Braunschw., 10.—. Verbach, 6.—. Löbau i. Sa., 30.—. Emmendingen, 8.—. Ewendorf, 10.—. Königsberg, 12.30. Falkenhain, 11.95. Wiesbaden, 12.—. Seuffen, 15.—. Gölitz, 5.—. Cöln I, 30.—. Neustadt, durch Kollegen Sarfert, 5.—. Zwingenburg, 10.—. München, 30.—. Frier, 8.—. Halle a. S., 5.—. Mark. Bereits quittiert: 3121.80 Mk. = Summa: 3682.80 Mk.

Berichtigung. In Nr. 48 ist irrtümlich Hamburg zweimal mit 100 Mk. angegeben; es muß heißen: Hamburg, 100.— und Bremen, 100 Mk.

J. A. M. Lohse, Rückertstraße 7.

Gefrees. Das Ortsgeheim für die reisenden Kollegen wird tagsüber auf Platz Künzel & Schedler, in den Abendstunden und Sonntags vom Kollegen Georg Gabel, Unterer Markt 9, ausgezahlt.

Düßeldorf. Zurreisende Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, haben sich erst beim Vorsitzenden Feinr. Kuz, Wehrhahn 79, I., oder beim Kassier Fr. Tenbusch, Dianastraße 31, zu melden, damit sie über die einzelnen Geschäfte die nötige Information bekommen.

Konstanz. Am 6. Dezember haben die Kollegen Ernst Baktin aus Adleswil (Schweiz) und Ferdinand Glock aus Faulbach bei mir Reiseunterstützung abgeholt und durch ein Versehen diese nicht quittiert. Bitte diese beiden Kollegen, mir die Quittung der Unterstützung aufstellen zu wollen. Th. Ackermann, Kassierer, Breunegger Straße 45.

3333 Anzeigen 3333

Berlin.

Donnerstag, den 23. Dezember, vormittags 8—1 Uhr, im Verbandsbureau, Engelauer 15, I., Zimmer 7a

Auszahlung der Weihnachts-Unterstützung

an alle seit dem 26. November und länger arbeitslose sowie ausgesetzte frange Kollegen. Mitgliedsbuch, Invalidenkarte und Krankenkassenbuch sind mitzubringen.

In der Zeit vom 27. bis 30. Dezember sind sämtliche Mitgliedsbücher u. -Karten, zwecks Neuaufstellung der Mitgliederliste

im Verbandsbureau abzuliefern. Dem Buch bzw. der Karte ist ein Zettel beizulegen mit genauer Angabe der Wohnung, der Beschäftigungsart (ob Steinmetz [Marmor oder Sandstein], Schleifer [Hand oder Maschine], Fräser, Dreher, Hilfsarbeiter usw.) und des Arbeitgebers.

Die Platzvertreter sind verpflichtet, für allseitige Befolgung dieser Aufforderung Sorge zu tragen.

Albert Baumann
Werkzeugfabrik und Härtewerk
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende gratis!
Lieferung sofort.

Schürzen

Gausmacherleinen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Fadets, Leder- und Waffstins-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.

Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Feinste Zinnasche gelb, à Kilo 4.— M per Maßnahme, bei Abnahme von 5 Kilo an porto- und spesenfrei, empfiehlt

P. Petrasch, Schkenditz bei Halle.

Mehrere tüchtige Steinbauer für unsere Werkstatt und
Mehrere tücht. Pflastersteinarbeiter finden lohnende Beschäftigung. Für Pflastersteine erste Sorte werden pro Stück 11 Pfg. bezahlt.

Granit- und Granitwerke vormals Merz & Komp. in Gross-Bieberau (Odenwald).

St. Margrethen (Schweiz). Hiermit geben wir die Namen derjenigen Steinbauer aus der Pfalz bekannt, die heute noch, trotz allen Mahnungen, trotz Versprechungen unsererseits, ihnen die Rückfahrt in die Pfalz aus unserer Kasse zu bezahlen, in St. Margrethen weiterarbeiten und den Berräter an den eigenen Kollegen machen: **Emil Fritz, Karl Jakob, Wilhelm Jakob, Johann Sperler** von Medard, **Johann Geier, Karl Hahnwald, Otto Hahnwald, Eduard Hahnwald, Heinrich Jung, Karl Dressel, Ludwig Defauze, Wilhelm Kraischen, Otto Kohl, Rudolf Hilgert, Julius Wesel, Heinrich Schneider, Heinrich Jaller** von Lautereden, **Ludwig Weichel, Karl Reinheimer, Ludwig Jung, Arthur Schreiner** von Disbrücken, **Adolf Weber, Adolf Bilberger, Johann Marzcher, Karl Wingerzohn, Fritz Klot, Johann Distler, Ludwig Hertel, Eugen Reich, Karl Kappel, Ludwig Kappel, Karl Schreiner** von Disbrücken, **Julius Steinhauer, Karl Wettel, Peter Stauch, Hugo Walter** von Disbrücken, **Karl Walter** von Disbrücken, **Adolf Jnsweiler, Heinrich Spornung, August Schneider, Wilhelm Kleicher, Heinrich Stein** von Lautereden (Agent), **August Stein** von Lautereden, **Heinrich Schmied** von Lautereden, **Joseph Höfer** von Medard, **Ulrich Fritz** von Medard, **Otto Dindorf, Felix Klein** und **Hudolf Hülscher**. — Mögen sich alle Kollegen die Namen dieser Leute merken. Die mit Fettdruck Bezeichneten spielen die Anführer.

Zentralvorstand des Steinarbeiterverbandes der Schweiz.

Adressen-Änderungen.

- Eßershausen. Vorf.: W. Bernede.
- Alleben. Vorf.: Karl Spanier.
- Heidelberg. Vorf.: Georg Thoma, Zwingerstraße 17. Kass.: Chr. Bauer, Schloßberg 4.
- Koblenz. Vorf.: Joseph Hecht, Hirschbühl (Post Wald). Kass.: Jakob Spreizer.
- Kiel. Vorf.: Wilh. Mohns, Papentamp 15, I. Kass.: Wilh. Drews, Debiusstraße 23.
- Sagerberg. Vorf.: Joseph Berber, pr. Ader: M. Jenz in Bach (Post Dieterskirchen).
- Weifen. Vorf.: Alois Schmidt, Kalkberg.
- Mittweida. Vorf.: Paul Fontana, Schützenstraße 21.
- Oriental. Vorf.: Joh. Hensel, Oberhessen. Kass.: Feinr. Bach, Ortenberg.

Briefkasten.

Chr. S. Die Adresse lautet: Paul Dange, Verband der Handlungsgehilfen, Hamburg I, Besenbinderhof 57. — Landsberg a. W. Die Adresse der betreffenden Firma kennen wir nicht. Besten Gruß! — E. Dö Sach war a bisl scharf abgfaßt. — S. S. Darüber gibt es eine generelle Entscheidung nicht. Der schriftlichen Aufforderung mußten die Kollegen nachkommen, sonst hat ja der Unternehmer den Trumpf ohne weiteres in der Hand. — Rameng. Die betreffenden Maurer, welche im Winter in der Steinindustrie schaffen, haben auch bei uns Beiträge zu entrichten. Besten Gruß! — S. S. in Al. Den Artikel lehnen wir ab. Das wäre ja eine Verhöhnung der vielen reisenden Kollegen. Jetzt fliegen die Entlassungszettel nur so, und so müssen viele Kollegen, ob sie wollen oder nicht, leider zum Wandertab greifen. — Odenwald. Nach § 760 der Zivilprozessordnung muß ein Teilungsplan angefertigt werden. Nach § 761 ist den Beteiligten drei Tage vor dem Termin Einsicht in den Teilungsplan zu gewähren. — Die andere Frage können wir nicht beantworten. — Raders. Da müßten erst die sämtlichen Bücher durchgeköbert werden. Das kann man doch nicht verlangen. Besten Gruß!

Tüchtige Steinmetzen

sucht **Granitwerk Seiffert, Meissen.**

Zwei tüchtige Granitwerksteinspalter stellt sofort ein **Julius Müller, Kandern.**

Ein im **Granitbruchbetrieb** erfahrener **Borarbeiter mit zehn Granitsteinbauern** möglichst mit Werkzeug und Schmied, zum Bohren, Sprengen, Spalten und Reinarbeiten am neuen Turm auf dem **Felsberg** (500 qm Moellons, Brüstungen, freitr. Treppen, Platten) sofort gesucht. **Julius Müller, Kandern.**

Zehn tüchtige Pflastersteinschläger

gesucht für sofort auf dauernde Arbeit in die **Umgebung von Stockholm** (Schweden) bei hohen Akkordlöhnen. Reisevergütung und gute Platzverhältnisse zugesichert. Näheres über Akkordtarif usw. schriftlich durch die Redaktion d. Bl. oder durch **Hasby Stenuggeri, Ekerö (Schweden).**

Steinmetz Johann Reeber aus **Steinbach** bei Hall wird um Angabe seiner Adresse gebeten von **Wilhelm Bürgermeister, Ulm a. D., Turmstraße 3.** — Es handelt sich um Gerichtsachen.

Franz Burda wo bist Du? Es sucht Dich Dein Vater **Wenzel Burda.**

Gestorben.

- (Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingefandt werden.)
- In Dresden der Kollege **Gustav Klossch**, 56 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
 - In Erlangen der Kollege **Friedrich Diehmet**, 47 Jahre alt, an Tuberkulose und Wasserjucht.
 - In Frankfurt a. M. der Kollege **Julian Hof**, 35 Jahre alt, an Tuberkulose.
 - In Kalkwasser der Kollege **Luma Wit**, 35 Jahre alt, durch Selbstmord.
 - In Kiel der Kollege **Joseph Krieminger**, 33 Jahre alt, durch Betriebsunfall.
 - In Mittelkeine der Kollege **Paul Gräber**, 44 Jahre alt, an Schlagfluß.
 - In Neu-Schwölln der Kollege **Otto Streubel**, 56 Jahre alt, an Schlaganfall.
 - In Radwiz der Kollege **Joseph Plech**, 29 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.
 - In Strassburg (Elsaß) der Kollege **Klaudius Wetter**, 48 Jahre alt, an Lungenschwindsucht.
 - In Wurzen der Kollege **Otto Goehring**, 41 Jahre alt, an der Berufskrankheit.

Chre ihrem Andenken!
Verantwortlicher Redakteur: **A. Staubinger, Leipzig.**
Verlag von **Paul Starke** in Leipzig.
Rotationsdruck der **Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.**

Die Tarifverträge im Deutschen Reich im Jahre 1910.

I.

Stand, Abschluß und Geltungsbereich der Tarifverträge, Vertragsdauer, Kündigungs- und Unterhandlungsfristen.

Die Statistik der Tarifverträge, die von der Abteilung für Arbeiterstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes 1903 begonnen und seit 1908 als Beilage des „Reichsarbeitsblatts“ veröffentlicht wurde, hat diesmal eine Aenderung in der Erhebungs- und Ercheinungsweise erfahren. Die Erhebung wurde auf die tarifschließenden Verbände, auf die Zugehörigkeit zu diesen Verbänden, auf Vereinbarungen für Entschädigung besonderer Arbeiten, auf die tarifliche Arbeitsnachweise und auf die tarifliche Regelung der Kündigung des Arbeitsverhältnisses erstreckt. Auch erfolgt die Bearbeitung des Tarifinhalts nicht mehr in Gruppierung nach den berichtenden Verbänden, sondern nach den von den Tarifen erfaßten Berufsarten. Die Veröffentlichung selbst erscheint als Sonderheft zum „Reichsarbeitsblatt“ in einem 220 Seiten starken Bande. Noch immer beschränkt sich die Statistik auf die Feststellung des Geltungsbereichs und Inhalts der im Berichtsjahre neu abgeschlossenen oder verlängerten Tarife. Es steht indes zu erwarten, mit Hilfe der Gewerkschaften vom Jahre 1912 ab eine alljährliche Bearbeitung des gesamten Tarifbestandes zu ermöglichen, die dann die Basis einer Statistik der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bilden dürfte. Das wird den Gewerkschaften natürlich erhöhte Arbeit und Opfer aufbürden, die jedoch wie seither ebensowohl im öffentlichen als in wohlverstandenen eigenen Interesse übernommen werden dürften. Die Gewerkschaften haben schon bisher fast ausschließlich das Material für diese Statistik geliefert. „Wie in den Vorjahren“, heißt es im amtlichen Bericht, mußte auch in diesem Jahre die Tarifstatistik im wesentlichen auf den Einwendungen der Arbeitnehmerverbände aufgebaut werden.“ Von Arbeitgeberseite gingen Angaben nur für 547 Tarife ein, noch dazu vielfach unzuverlässig und lückenhaft; von Arbeiterseite wurde dagegen über alle 4866 Tarife berichtet, wovon für 4200 Tarife die Angaben aus den Kreisen der freien Gewerkschaften kamen. Die gewerkschaftlichen Angaben bezeichnen der amtliche Bericht inhaltlich als sorgfältig, erschöpfend und zuverlässig.

Am 1. Jan. 1910 bestanden 6667 Tarifverträge für 133 785 Betriebe und 1 339 974 Personen. Durch Ablauf erledigten sich während des Berichtsjahres 3240 Verträge für 84 921 Betriebe und 642 674 Personen. Im Berichtsjahre traten 4866 Tarife für 112 846 Betriebe und 879 989 Personen in Kraft. Der Bestand betrug am Ende 1910: 8293 Tarife für 173 727 Betriebe und 1 361 086 Personen. Gegenüber dem Vorjahre 1909 ist eine Zunahme von 1715 Tarifen, 36 513 Betrieben und 253 608 Personen zu verzeichnen. Von den an den Tarifverträgen des Jahres 1910 beteiligten Personen gehörten 528 772 oder 59,5 Prozent den berichtenden Verbänden an.

Bei der Zählung der Tarifverträge nach berichtenden Verbänden ergeben sich naturgemäß manche Doppelzählungen, da oft mehrere Verbände an dem gleichen Tarife beteiligt sind und darüber Angaben gemacht haben. Das Statistische Amt hat für Tarife, an denen auf Arbeitnehmer- oder Arbeitgeberseite mehr als je eine Organisation beteiligt sind, den bereits bestehenden Namen „Tarifgemeinschaft“ gewählt und berichtet, daß die 4866 Tarifverträge, die 1910 in Kraft traten, sich auf 3766 Tarifgemeinschaften für 73 204 Betriebe und 735 360 Personen vermindern. Gegenüber 1909 ergibt dies eine Zunahme von 1666 Tarifgemeinschaften, 48 995 Betrieben und 505 165 Personen. Die Zahl der Organisierten konnte nicht zuverlässig ermittelt werden, da für das Baugewerbe die bezüglichen Angaben fehlten.

Die starke Zunahme der Tarifbewegung von 1910 gegenüber dem Vorjahre ist in erster Linie auf die große Bewegung im Baugewerbe zurückzuführen, die nahezu den doppelten Umfang der des Jahres 1908 und den sechsfachen der des Jahres 1909 erreichte. Aber auch in fast allen übrigen Industriegruppen war die Bewegung weit stärker als in den Vorjahren. So verzeichnete die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe 1909 für 2595, 1910 für 80 946 Personen, die Industrie der Nahrungs- und Genussmittel für 2053 bzw. 42 292, die Bekleidungsindustrie für 4108 bzw. 43 504, die Metall- und Maschinenindustrie für 3760 bzw. 36 325 Personen tarifliche Regelungen. Überall sehen wir eine starke Zunahme der Tarifbewegung.

Bei 1328 Tarifgemeinschaften für 56 812 Betriebe und 588 814 Personen (90 Prozent der Gesamtzahl) waren auf beiden

Seiten der Vertragsparteien Verbände beteiligt; bei 2354 Tarifgemeinschaften für 14 925 Betriebe und 139 009 Personen (18,9 Prozent) waren nur auf Arbeitnehmerseite Verbände vorhanden. Innungen waren an 214 Tarifen mit 11 871 Betrieben und 38 213 Personen beteiligt, während 2277 Tarife für 8285 Betriebe und 133 951 Personen nur mit einzelnen Firmen abgeschlossen wurden.

Nach ihrem Geltungsbereich gruppiert, stellen sich 2247 Tarife für 7674 Betriebe und 121 860 Personen (16,6 Prozent) als Firmentarife, 579 Tarife für 22 282 Betriebe und 116 152 Personen (15,8 Prozent) als Ortstarife, 927 Tarife für 43 196 Betriebe und 496 506 Personen (67,5 Prozent) als Bezirkstarife und 8 Tarife für 52 Betriebe und 842 Personen (0,1 Prozent) als Reichstarife dar. Im Vergleich zu den Vorjahren ist der Personenbereich der Firmen- und Ortstarife sowie der Reichstarife zurückgegangen, der der Bezirkstarife dagegen erheblich gestiegen. Der Rückgang des Umfangs der Reichstarife ist indes nur ein scheinbarer und läßt keinen Rückschluß auf eine Abnahme der Zentralisationsbestrebungen der Tarifabschlüsse zu. Die letzteren sind im Gegenteil im Wachsen begriffen, wie sich besonders aus der Tarifbewegung des Baugewerbes im Berichtsjahre ergab. Nur erhielten dort die einzelnen Tarifverträge trotz des zentralen Abschlußes mit reichseinheitlichem Vertragsmuster die Form von Orts- oder Bezirkstarifen, weil die Lohnvereinbarungen orts- oder bezirksweise geschahen. Die Firmentarife sind, wie auch in früheren Jahren, am stärksten in der Nahrungs- mittelindustrie und Metall- und Maschinenindustrie vertreten, die Bezirkstarife in der Holzindustrie und im Baugewerbe, die Ortstarife in den Bekleidungsberufen und die Reichstarife in den graphischen Gewerben.

Eine Uebersicht der Tarifverträge unserer freien Gewerkschaften nach ihrem Bestand und Geltungsbereich und Art des Abschlußes zeigt für den 1910 7196 Tarifverträge für 127 568 Betriebe und 1 065 684 Personen, von denen 499 555 Personen (ausschließlich der Baugewerbe, von denen Angaben nicht vorliegen) den berichtenden Verbänden angehören. Neu abgeschlossen bzw. verlängert oder erneuert wurden davon im Jahre 1910: 4290 Tarife für 79 626 Betriebe und 632 056 Personen. Von diesen waren 2026 Orts-, 1661 Bezirks- und 3 Reichstarife. 2211 Tarife für 23 065 Betriebe und 197 382 Personen wurden erstmalig abgeschlossen, 2079 Tarife für 55 888 Betriebe und 434 156 Personen verlängert oder erneuert. Auf friedlichem Wege erfolgte der Abschluß für 2709 Tarife für 49 937 Betriebe und 336 051 Personen, während bei 1581 Tarifen für 29 689 Betriebe und 295 473 Personen Streiks oder Aussperrungen dem Abschluß vorausgingen. Diese Zahlen sind besonders interessant, wenn man sich dabei erinnert, daß bei der größten Tarifbewegung im Berichtsjahre, der im Baugewerbe, der Kampf einzig durch die Haltung der Arbeitgeberverbände unvermeidlich wurde. Trotzdem überwiegen die friedlichen Tarifabschlüsse auch in diesem Kampfsjahre ganz erheblich.

Nach der Zahl der beteiligten Betriebe gruppiert, umfaßten von den Tarifgemeinschaften:

Betriebe	Tarife	mit Betrieben und Personen
1	1 620 = 43,1	1 620 = 2,2
2 bis 10	1 035 = 27,8	5 677 = 7,8
11 " 20	468 = 12,5	6 895 = 9,4
21 " 50	359 = 9,6	11 347 = 15,5
51 " 100	136 = 3,6	9 438 = 12,9
über 100	129 = 3,4	38 227 = 52,2
unbestimmt	9 = 0,2	—

Hier zeigt sich der überwiegende Einfluß der Bezirks- und großen Ortstarife, die sich auf 50 und mehr Betriebe erstrecken. Vor allem gibt hierbei das Baugewerbe und die Holzverarbeitungsindustrie den Ausschlag.

Nach Zahl der beteiligten Personen dargestellt, umfaßten:

Personen	Tarife	mit Betrieben und Personen
bis 5	236 = 6,3	260 = 0,4
6 " 10	297 = 7,9	517 = 0,7
11 " 20	548 = 14,6	1 592 = 2,2
21 " 50	894 = 23,8	5 615 = 7,7
51 " 100	578 = 15,4	6 398 = 8,7
101 " 200	465 = 12,4	8 533 = 11,7
201 " 500	333 = 8,9	12 012 = 16,4
über 500	249 = 6,6	38 055 = 52,0
unbestimmt	156 = 4,1	163 = 0,2

Hiernach entfällt die Mehrzahl aller Betriebe und fast zwei Drittel aller beteiligten Personen auf die größten Tarifverträge,

die über 500 Personen umfassen. Es beweist dies, daß der Einfluß der paritätischen Regelung eine Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen großer Personengruppen herbeiführt, und daß die kleinen Tarife an Bedeutung dabei völlig zurücktreten.

Nach Betriebsgrößen endlich (Betrieben und Personen), wobei es sich allerdings nur um Durchschnittsziffern für die einzelnen Betriebe handelt, kommen im Durchschnitt auf einen Tarifbetrieb Personen

Personen bei Tarifen mit Betrieben und Personen	Proz.	Proz.	Proz.
bis 5	1150 = 30,6	38 371 = 52,4	103 442 = 14,1
6 " 10	651 = 17,3	14 645 = 20,0	111 437 = 15,2
11 " 20	849 = 22,6	9 545 = 13,0	136 975 = 18,6
21 " 50	731 = 19,5	9 641 = 13,2	276 988 = 37,7
51 " 100	212 = 5,6	633 = 0,9	41 938 = 5,7
101 " 200	101 = 2,7	283 = 0,4	39 513 = 5,4
über 200	49 = 1,3	67 = 0,1	24 671 = 3,3
unbestimmt	13 = 0,4	19 = 0,0	396 = 0,0

Der größte Anteil der von der Tarifbewegung des Jahres 1910 erfaßten Personen kommt also auf Tarifgemeinschaften, in denen auf 1 Betrieb durchschnittlich 21 bis 50 Personen entfallen. Der Anteil der Tarife mit größeren Durchschnittsziffern der Betriebsgrößen ist weit geringer (14,4 Prozent) als der mit kleineren Durchschnittsgrößen (47,9 Prozent). Indes gibt diese Zusammenstellung kein getreues Bild der wirklichen Verhältnisse, eben weil es sich nur um Durchschnittsgrößen der Betriebe handelt.

Ueber die Vertragsdauer waren 1910 in 3489 Tarifgemeinschaften nähere Bestimmungen enthalten. Die größte Gruppe dieser Verträge (973) sind auf 3 Jahre abgeschlossen. Bei 613 betrug die Dauer bis zu 1 Jahr, bei 778 über 1 bis 2 Jahre, bei 854 über 2, aber weniger als 3 Jahre, und nur bei 271 währte die Vertragsdauer länger als 3 Jahre. Im Jahre 1909 überstieg die Vertragsdauer bis zu 1 1/2 Jahren. Eine Verlängerung dieser Dauer ist also der unverkennbare Zug dieser Entwicklung.

Eine stillschweigende Verlängerung mangels vorheriger Aufkündigung ist in 2275 Tarifen vorgesehen. Die Dauer der Kündigungsfristen betrug bis 1 Monat bei 799 Tarifen, über 1 bis 2 Monate bei 434 Tarifen, über 2 bis 3 Monate bei 1019 Tarifen, über 3 bis 6 Monate bei 82 Tarifen und über 6 Monate bei 2 Tarifen.

Soweit die Unterhandlungsfristen behufs Vertragsneuerung geregelt waren, waren hierfür bei der Mehrzahl (308) der Tarife mehr als 3 Monate vorgesehen, während für 227 Tarife diese Frist nicht überschritten wurde. Wesentliche Verschiebungen seit dem Vorjahre sind in diesen Abmachungen nicht zu verzeichnen.

Die Neuerungen bei der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung.

Mit dem 1. Januar 1912 treten bekanntlich die Bestimmungen des vierten Buches der Reichsversicherungsordnung — die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung — in Kraft. Auf die Neuerungen gegenüber dem geltenden Recht soll deshalb nachstehend kurz eingegangen werden. Zunächst ist der Kreis der versicherungspflichtigen Personen etwas erweitert worden. Es unterliegen in Zukunft ebenfalls der Versicherung die Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, die Bühnen- und Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen, ferner neben den Werkmeistern, Betriebsbeamten alle andern Angestellten in ähnlich gehobener Stellung. Sämtliche hier aufgeführte Personen sind jedoch nur versicherungspflichtig, sofern der Gehalt 200 Mk. — bei der Krankenversicherung dagegen 2500 Mk. — nicht übersteigt. Während Lehrlinge der Kranken- und Unfallversicherung unterliegen, auch wenn sie keinen Lohn beziehen, müssen sie, um der Invalidenversicherung vom 16. Jahre ab unterstellt zu werden, Lohn oder Gehalt beziehen.

Was die Leistungen an betrifft, so erhält Invalidenrente ohne Rücksicht auf das Lebensalter der Versicherte, der infolge von Krankheit oder andern Gebrechen dauernd invalide ist. Für nicht dauernde, sondern vorübergehende Invalidität wird heute die Krankenrente gezahlt, wenn der Betroffene sechsundzwanzig Wochen ununterbrochen erwerbsunfähig ist, für die weitere Dauer der Erwerbsunfähigkeit. In Zukunft wird diese Rente auch gezahlt, wenn das Krankengeld vor Ablauf der sechsundzwanzigsten Woche wegfällt, und zwar dann von diesem Zeitpunkt ab. Diese Neuerung gilt auch für diejenigen Witwen, die vorübergehend invalide werden. Der sich vor-

Im Tagelöhnerjod.*

Von Franz Rehbein.

Wenig nach den Haupterntewochen nahm ich Arbeit bei der Dreschmaschine an. Zwar drückt man sich als verheirateter Tagelöhner sonst herzlich gern von dieser Arbeit; doch da nach der Ernte der Tagelohn sofort wieder ganz rapide fällt, zog ich es vor, lieber die Unannehmlichkeiten der Drescharbeit auf mich zu nehmen, als ins Ungewisse nach halbwegs lohnender Feldarbeit zu suchen. Denn eine solche Dreschkampagne dauert regelmäßig bis in den Spätherbst hinein, auch hat man am Wochenlohn immerhin ein paar Mark mehr verdient, wie bei der gewöhnlichen Hofarbeit. Wie freilich dieser Mehrerwerb herausgeschunden wird, davon kann sich eigentlich nur der einen Begriff machen,

* Als vierter Band der Arbeiter-Biographien hat Paul Göhre soeben bei Eugen Diederichs in Jena das Leben eines Landarbeiters von dem verstorbenen Genossen Franz Rehbein erscheinen lassen. Zum erstenmal schildert hier ein deutscher Landarbeiter sein Leben und seine Arbeit. Von Kindesbeinen an ist er mit der Fron der Landarbeit vertraut worden, er hat auf hinterpommerschen Gütern und als Sachfengänger begonnen, ist früh nach Schleswig-Holstein als Hütejunge gekommen und hat die ganze „Karriere“ durchgemacht vom Dienstjungen zum Dienstknecht und Großknecht. Dann macht er sich frei und wird Tagelöhner, heiratet und verliert schließlich im rüstigsten Alter den rechten Arm in der Dreschmaschine. Damit endet das Buch, das außerdem eine trefflichere Schilderung seiner Soldatenjahre in Mexiko gibt, die eine einzige Anlage gegen die militärische „Erziehung“ sind. Die weiteren Schicksale des Autors, der als Krüppel in der Stadt sein Auskommen suchen mußte und sich vom Ansträger der Volkszeitung in Kiel zum Journalisten emporarbeitete, erzählt Göhre in der Einleitung. Das frisch und anschaulich geschriebene Buch, das als Erzählung und Schilderung weit über den Durchschnitt der Memoirliteratur steht, ist ein soziales Dokument von größtem Werte. Witten aus der großen Klasse der Landproletariat heraus ist hier zum erstenmal einer erschienen, der Not und Drang der vielen Namenlosen hat lebendig werden lassen.

Als Probe geben wir einen Abschnitt aus dem Kapitel: Im Tagelöhnerjod.

der in Norddithmarschen selbst einmal an der Dreschmaschine tätig war.

Es besteht dort das System der Lohndrescherei im Umherziehen. Nicht jeder Hof hat seine Maschine, wie die Großgüter, auch gibt es keine Genossenschaftsmaschinen, wie anderswo. Die Dreschmaschinenbesitzer sind vielmehr selbständige Unternehmer, die sich eine eigne Maschine entweder gegen bar oder auf Abzahlung anschaffen. Sie nehmen sich auch selbständig die nötigen Mannschaften an und ziehen nun mit ihrem benannten Gehalt von Hof zu Hof, mit dessen Bauern der Drusch vereinbart war. Gebrochen wird im Stundenlohn. Zur Bedienung einer Dampfreschmaschine — um solche handelt es sich hier ausschließlich — sind etwa 25—30 Mann erforderlich; und zwar für die Lokomotive: ein Feizer und ein Wasserträger, für die Maschine: zwei Einleger, zwei Bandschneider, ein Rastträger, ein Losbinder, fünf Strohbinder und zwei bis drei Kornträger; der Rest verteilt sich auf die Garbensuchmeister, die Strosträger und die Hümpelmannschaften. Binder, Strosträger, Zuschmeißer und Hümpelente wechseln sich täglich kolonnenweise ab, mit Ausnahme des Diemen- oder Hümpellegers, der ständig auf seinem Posten bleibt. Wird mit Selbstbinder oder mechanischem Strostransport gearbeitet, so verringert sich dementsprechend die Zahl der Leute. Die Oberaufsicht über das Ganze führt der Maschinenmeister, der in der Regel auch gleichzeitig Besitzer der Maschine ist. Je nach der geleisteten Stundenzahl erhält der Maschinenmeister für sich und seine Leute den Lohn vom Bauern und zahlt ihn in acht- oder vierzehntägigen Perioden wieder an die Leute aus; joviell Stunden, joviell Lohn. Verköstigt werden die Mannschaften ebenfalls von den Bauern.

Die Höhe des Stundenlohns richtet sich, wie bei allen Gelegenheiten, so auch hier nach dem Angebot von Arbeitskräften. In der ersten Zeit, wenn auf den Höfen noch viel Leute beim Einfahren gebraucht werden, steigt der Lohn wohl auf 30 bis 35 Pfennig die Stunde, später sinkt er auf 20 bis selbst 15 Pfennig herab. Die beiden Einleger erhalten als Verrantenpersonen des Dreschmaschinenbesitzers 10 Pfg. die Stunde mehr wie die übrigen Kolonnenarbeiter; eine kleine Zulage bekommen auch die Kornträger, der Schmeißer und der Hümpellegers; gleichmäßigen Tagelohn hat nur der Feizer. Von den Einlegern hängt es wesentlich ab, wieviel die Maschine täglich leistet und wie rein sie drischt; es soll natürlich immer so viel wie möglich durch den Rasen hindurchgejagt werden; dabei will der Landwirt noch tun-

lichst reines Stroh sehen; beides ist bei der großen Konkurrenz unter den Dreschmaschinenbesitzern von erheblichem Einfluß auf den Umfang ihres häuerlichen Kundenkreises.

Was die Dreschmaschinenarbeit selber anbetrifft, so ist sie eine der anstrengendsten und aufreibendsten, die man sich denken kann. Stunden, nur Stunden schinden, ist hier die Lozung. Je mehr Stunden am Tage, desto eher wird der Bauer die Maschine wieder los, desto weniger Mahlleiten braucht er den Leuten zu geben. Je mehr Stunden der Maschinenmeister erzielt, desto mehr Korn kann er zum Ausbruch übernehmen, und desto höher ist sein Profit. Je mehr Stunden die Leute zusammenrücken, desto größer ist der Wochenverdienst. Spätestens um 4 Uhr morgens wird angefangen, nicht selten aber auch schon um 3 Uhr, und dann geht es den ganzen lieben langen Tag rastlos fort, mindestens bis 8 Uhr abends; sehr häufig aber wird es 9 und 10 Uhr, öfters sogar 11 und 12 Uhr nachts. Pausen gibt es nur, solange die Essenszeit dauert, einschließlich der Schmierpausen insgesamt höchstens eine Stunde des Tags. Das Abendessen verursacht keine Pause, denn dies wird erst nach beendeteter Tagesarbeit eingenommen, ganz gleichgültig wie spät es auch werde.

Bei der Arbeit geht es „immer feste weg“, was der Schindlerlasten nur schlucken kann. Der Mensch muß mit der Maschine fort, er wird ihr Sklave, wird selbst zum Maschinenteil. Gegenwärtig man sich das ununterbrochene Heulen und Brummen der Drechschtrommel, sowie den fast undurchdringlichen Staub, den sie entwickelt, dann kann man sich denken, was diese Art Maschinendrescherei für den Mann bedeutet. Der Staub haftet, besonders wenn das Korn viel Regen bekommen hat, fast zentimeterdick auf den Leuten; oft können sie kaum aus den Augen sehen; die Augen sind dann auch häufig verschwollen und entzündet. Ebenso ist die Nase vom Einatmen der Staubmassen förmlich verstopft, und beim Ausatmen kommen ganze Klumpen schwärzlichen Schleims zum Gasse heraus. Außerordentlich fest fest sich der Staub auf die bei der schweren Arbeit stark schwitzende Haut und verursacht ein unangenehmes Jucken und Brennen, so daß es einem zumute ist, als säße der ganze Körper voller Ameisen.

Est man in diesem Zustande seine 15, 16 oder 18 Stunden heruntergerissen, so ist man im wahren Sinne des Wortes totmüde. Vor Ermattung bringt man das Abendessen kaum noch herunter; am liebsten würde man sich sofort zum Schlaf austrecken. Doch an Schlaf ist gleich nach Feierabend nur dann zu

fählig invalide macht, erhält keine Rente. Die Verletzung bergpolizeilicher Verordnungen oder des § 93, Absatz 2, 3, und der §§ 95 bis 97 der Seemannsordnung wird aber nicht als Vorfall angesehen. Läßt sich der Beginn der Invalidität nicht feststellen, dann wird die Rente von dem Tage ab gezahlt, an dem der Antrag beim Versicherungsamt eingegangen ist. Um hier Weiterungen zu vermeiden, wolle man bei Eintritt der Invalidität so bald als möglich den Antrag stellen.

Die Witwenrente erhalten nur die invaliden Witwen, dagegen wird Waisenrente vom Todestage des Ernährers ab gewährt. Die Waisenrente erhalten nach dem Tode des verstorbenen Vaters seine ehelichen unter fünfzehn Jahre alten Kinder und nach dem Tode einer Versicherten ihre waisenlosen Kinder unter 15 Jahren. Als waisenlos gelten auch uneheliche Kinder. Nach dem Tode der versicherten Ehefrau eines erwerbsunfähigen Ehemannes, die den Lebensunterhalt ihrer Familie ganz oder überwiegend bestritten hat, steht deren Kindern unter 15 Jahren Waisenrente und dem Manne Witwenrente zu solange sie bedürftig sind. Für die Waisenrente gilt dies auch, wenn zur Zeit des Todes der Versicherten die Ehe nicht mehr bestand. Nach dem Tode einer versicherten Ehefrau, deren Ehemann sich ohne gesetzlichen Grund von der häuslichen Gemeinschaft ferngehalten hat und seiner väterlichen Unterhaltspflicht entzogen hat, steht den ehelichen Kindern unter 15 Jahren ebenfalls, solange sie bedürftig sind, Waisenrente zu. Dies gilt auch dann, wenn zur Zeit des Todes der Versicherten die Ehe nicht mehr bestand und der Ehemann sich seiner gesetzlichen Unterhaltspflicht entzogen hat. Hinterläßt der Versicherte elternlose Enkel unter 15 Jahren, deren Unterhalt er ganz oder überwiegend bestritten hat, so steht diesen während der Zeit der Bedürftigkeit die Waisenrente zu. Die gesetzlichen Leistungen werden auch dann gewährt, wenn der Versicherte verstorben ist. Er gilt als verstorben, wenn während eines Jahres keine glaubhaften Nachrichten von ihm eingegangen sind und die Umstände seinen Tod wahrscheinlich machen. Das Versicherungsamt kann von den Hinterbliebenen die eidesstattliche Versicherung verlangen, daß sie von dem Leben des Vermitteten keine anderen als die angezeigten Nachrichten erhalten haben. Den Todesbestätigung stellt die Versicherungsanstalt dann nach billigem Ermessen fest. Der Anspruch der Hinterbliebenen eines Ausländers, die sich zur Zeit seines Todes nicht gewöhnlich im Inland aufhielten, beschränkt sich auf die Hälfte der Bezüge ohne Reichszuschuß. Der Bundesrat kann diese Beschränkung für ausländische Grenzgebiete oder für Angehörige solcher auswärtiger Staaten ausschließen, deren Gesetzgebung eine entsprechende Fürsorge gewährleistet. Deutsche Schutzgebiete gelten als Inland.

Außer der Witwenrente an invalide Witwen und den Waisenrenten kommt noch für diejenigen Frauen, die selbst Marken verwenden, die Wartezeit zum Bezug der Invalidenrente erworben und die Anwartschaft aufrecht erhalten haben, beim Tode des Mannes ein einmaliges Witwengeld und für deren Kinder bei Vollendung des 15. Lebensjahres eine Waisenaussteuer in Betracht. Hier sowie auch bei den Hinterbliebenenrenten kommen nur ganz geringe Beträge in Betracht. Nehmen wir z. B. an, der Ehemann hätte in zwanzig Jahren 1000 Beiträge der vierten Lohnklasse zu 30 Pfg. (im Zukunft 40 Pfg.) verwendet. Dann beträgt die Invalidenrente des Mannes 240 Mk., die der Witwe 107.40 Mk., die Waisenrente für ein Kind 54 Mk., für zwei Kinder 84.40 Mk., für drei Kinder 113 Mk. usw. Eine Witwe mit sechs Kindern würde in diesem Falle 310.20 Mk. pro Jahr erhalten. Als Witwengeld wird der zwölffache Monatsbetrag der Witwenrente, als Waisenaussteuer der achtfache Monatsbetrag der bezogenen Waisenrente gewährt. So hoch, wie vorstehend ausgerechnet, können die Hinterbliebenenrenten frühestens 1932 sein, denn für alle Beiträge, die vor dem 1. Januar 1912 geleistet sind, kommen keine Steigerungsätze in Anrechnung. Was die Renten anbetrifft, so setzen diese sich zusammen aus einem Reichszuschuß und einem von den Versicherungsanstalten zu leistenden Grundbeitrag und Steigerungsatz. Die gesamten Hinterbliebenenbezüge dürfen auch niemals höher sein, wie die eineinhalbfache Invalidenrente des Mannes.

Die Invaliden- und Altersrenten sind nicht erhöht worden. Hat der Empfänger der Invalidenrente jedoch Kinder unter 15 Jahren, so erhöht sich die Invalidenrente für jedes dieser Kinder um ein Zehntel bis zu dem höchstens eineinhalbfachen Betrage. Diese Bestimmung gilt aber nur für die Empfänger von Invalidenrenten, deren dauernde Invalidität nach dem 31. Dezember 1911 eingetreten ist oder deren Rente nach diesem Tage beginnt.

Um die Rente eventuell zu erhöhen, ist eine freiwillige Zusatzversicherung neu eingeführt worden. Die Zusatzmarken werden in Höhe von 1 Mk. ausgegeben. Für jede Zusatzmarke wird als jährliche Zusatzrente soviel mal 2 Pfg. gezahlt, als beim Eintritt der Invalidität Jahre seit Verwendung der Zusatzmarken vergangen sind. Angenommen, es kauft sich jemand im Jahre 1912 zehn Zusatzmarken. Dafür erhält er bei Eintritt der Invalidität nach einem Jahre 20 Pfg., nach zehn Jahren jedoch 2 Mk. jährliche Zusatzrente. Da die Beiträge im allgemeinen erhöht worden, werden die Arbeiter von der Zusatzversicherung keinen allzu großen Gebrauch machen können. Die Erhöhung der Beiträge gestaltet sich vom 1. Januar 1912 ab wie folgt: 1. Klasse 16 Pfg., 2. Klasse 24 Pfg., 3. Klasse 32 Pfg., 4. Klasse 40 Pfg., 5. Klasse 48 Pfg.

denken, wenn die Maschine mehrere Tage auf einem Hofe bleibt. Sehr häufig muß aber noch spät abends oder mitten in der Nacht von einem Hof zum andern gezogen werden, manchmal gar nach einem stundenweit entfernten Dorfe, und wenns Glück gut ist, noch dazu bei strömendem Regen. Fährt sich dann zu allem Ueberflusse das Geschloß auf den durchweichten schlammigen Märswegen auch noch fest, so ist erst recht nicht an Ruhe zu denken. Mit Wuchtbaumern werden dann Lokomobile und Dreschmaschinen wieder flott gemacht, und alle Mann müssen mit in die Speiden greifen oder an Stricken und Ketten ziehen, um den Pferden tatkräftig Hilfe zu leisten. Ist man endlich an Ort und Stelle, so wird die Maschine bei Laternenlicht wieder fix und fertig zum Dreschen klar gemacht, und dann erst kann jeder sehen, wo er ein Lager findet, um noch ein paar Stunden zu ruhen.

Da für so viele Menschen auf den einzelnen Höfen kein Bettzeug vorhanden ist, so bekommen nur der Meister, der Heizer und die beiden Einleger eine Bettstatt, die übrigen Leute müssen sich im Stroh oder Heu oder Kaff verfrachten, wie sie es nun gerade vorfinden. Wie uns armen Teufeln mitunter zumute war, wenn wir mit durchnähten Kleidern die kalten Herbstnächte im Stroh kampieren mußten, mag sich jeder selbst ausmalen. Ehe man sich eingeknistelt hat und halbwegs warm geworden ist, klappern einem die Zähne mitunter hörbar im Munde, und gerade dann, wenn man im besten Schlaf ist, ruft die Dampfpeife schon wieder zu neuer Arbeit. Damit die Zeit nicht verfliehe, hat der Wasserträger die Nachtwache, er besorgt auch das rechtzeitige Anheizen der Lokomobile. Sind die Mannschaften nach dem Bedarf nun glücklicherweise alle ihrem Strohlager hervorgezogen, so fährt jeder mal freizweis mit dem Kermel über die noch halbgeschlossenen Augen, und gleich darauf geht die Drescherei ihren Gang. An Waschen und Kämmen denkt niemand; es wäre auch überflüssig, denn schon nach wenigen Minuten wäre doch alles wieder wie vorher; höchstens könnte man sich die Augen noch mehr verberben wie schon ohnehin, weil sich der Staub gleich dick auf die feuchten Augenlider setzt und dort seine ätzende Wirkung ausübt.

Die erste Arbeit des Maschinenmeisters am Morgen ist, daß er jedem seiner Leute einen „groten Kövm“ einfenkt. Der Zufel muß die in Folge der kurzen Nachtruhe erschöpfte Energie wieder beleben. Und wirklich, das Geföf tut Wunder. Hat erst jeder auf den nächsten Wagen einen gehörigen Klümmel hinter die

Alle Rechte aus der Versicherung erlöschen, wenn während zweier Jahre weniger als zwanzig Marken auf Grund der Versicherungspflicht oder der Waisenversicherung (für die Selbstversicherung vierzig) entrichtet worden sind. Die Anwartschaft lebte nun bisher ohne weiteres auf, wenn der Versicherte entweder wieder eine versicherungspflichtige Beschäftigung aufnahm oder durch freiwillige Beitragsleistung das Versicherungsverhältnis erneuerte und danach eine Wartezeit von 200 Beitragswochen zurücklegte. Diese Bestimmungen sind nun erheblich verschärft worden. Ist der Versicherte unter 40 Jahre, so genügt auch in Zukunft 200 Beitragswochen. Ist er 40 bis 60 Jahre alt, so muß er, wenn der Wiedereintritt in die Versicherung durch eine versicherungspflichtige Beschäftigung erfolgt, ebenfalls 200 Wochen nachweisen; bei freiwilliger Beitragsleistung lebt die Anwartschaft erst dann wieder auf, wenn vor deren Erlöschen 500 Marken verwendet waren und nachher abermals 500 nachgewiesen werden. Hat der Versicherte aber das 60. Lebensjahr vollendet, dann lebt die Anwartschaft bei erneuter Zurücklegung einer Wartezeit von 200 Beitragsmarken nur auf, wenn vorher 1000 Marken verwendet waren.

Bei Ruhen der Rente ist auf eine wichtige Neuerung hinzuweisen. Die Rente ruhte nach dem jetzigen Gesetz u. a. auch, wenn gewährte Pensionen, Wartegebühren und ähnliche Bezüge mit der Rente zusammen den siebenundneinzigfachen Grundbetrag der Invalidenrente überstieg. Soweit eine Unfallrente in Betracht kommt, gilt diese Bestimmung weiter, handelt es sich aber um Militärpensionen, Verfümmelungszulagen usw., dann ist sie in Wegfall gekommen. Was den Grundbetrag anbetrifft, so beträgt derselbe in der 1. Klasse 60 Mk., in der 2. Klasse 70 Mk., in der 3. Klasse 80 Mk., in der 4. Klasse 90 Mk., in der 5. Klasse 100 Mk.

Die Beitragsrückstellung fällt mit dem 1. Januar 1912 weg. Heiratet eine weibliche Person noch im Laufe des Jahres 1911, so kann sie bis spätestens 30. Dezember den Antrag auf Rente stellen. Bei Todesfällen kann der Antrag auf Beitragsrückzahlung innerhalb eines Jahres vom Todestage ab gerechnet gestellt werden, bei Unfällen beträgt die Frist zwei Jahre. Diese Fristen gelten weiter für Todesfälle oder Unfälle, die sich noch bis 31. Dezember 1911 ereignen.

Zum Schluß ist dann noch zu erwähnen, daß vom 1. Januar 1912 ab neue Duktionsarten mit dem Ausdruck der neueren Bestimmungen zur Ausgabe gelangen. Dann ist noch darauf zu verweisen, daß eventuell mit einer Einschränkung der Ausgaben für das Verfahren zu rechnen ist, da nach neuem Recht die Aufsichtsbehörde den Vorschlag für dasselbe beanstanden kann, wenn nach ihrer Ansicht durch die vorgesehene Ausgabe die Leistungsfähigkeit der Versicherungsanstalt gefährdet werden soll. Aufgabe der Versicherten ist es nun, die erwähnten Neuerungen zu beachten. Was dann noch die Leistungen selbst anbetrifft, so möge man, wenn sie zu gering erscheinen, immer wieder daran denken, daß die bürgerlichen Parteien samt und sonders alle Versicherungsbeiträge der Sozialdemokraten auf höhere Renten usw. abgelehnt haben. Wähle man deshalb diese Parteien am 12. Januar zum Reichstag hinaus und trete für die Sozialdemokratie ein.

Korrespondenzen.

Bochum. Die am 29. November stattgefundene Versammlung hätte besser besucht sein können. Als Referent war Kollege Herrmann erschienen. Es handelte sich darum, in einer Aussprache Klarheit zu schaffen, wie am besten eine Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erfolgen kann. Hier in Bochum ist im Hinblick auf die teure Lebenshaltung eine Aufbesserung der Stundenlöhne dringend nötig. Technisch so liegen auch die Arbeitsverhältnisse in den zwei Steinbrüchen zu Wiemelhausen. Hier herrscht bei der Bezahlung der Akkordarbeiten der sogenannte wilde Akkord. Wohl bestand vor drei Jahren ein Tarif, aber infolge der niedergehenden Konjunktur ging das Errungene wieder verloren. Gauleiter Herrmann gab den Kollegen darüber die nötige Aufklärung, wie am besten eine Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erreicht werden kann. In der Diskussion wurde noch über das Benehmen des Bruchmeisters Specht gegenüber den organisierten Kollegen Klage geführt. Herr Specht hat ganz vergessen, daß er früher Vorsitzender der Zahlstelle war. Jetzt sucht er an den Akkordpreisen gegen die früheren Preise überall Abzüge zu machen. Wahrscheinlich will er sich damit bei seinem Arbeitgeber lieb machen. Die Kollegen verprüden, die Anregungen des Gauleiters zu beherzigen, hoffentlich gelingt es auch bei passender Gelegenheit, in Bochum-Wiemelhausen geregelte Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Bunzlau. Am 29. November tagte im Gasthaus zur Hoffnung unsere diesjährige Generalversammlung, der Besuch war aber trotz der reichhaltigen Tagesordnung ein mäßiger. Zunächst wurde zur Neuwahl des Gesamtvorstandes geschritten, die Wahl ergab, daß der bisherige Vorstand einstimmig wiedergewählt wurde. In die Kommission wurden die Kollegen Heiminger und Bang, als Stellvertreter Kollege Fritz Scholz gewählt. Als Kartellbelegter wurden die Kollegen Richter und Scholz, als Ersatzmann Kollege Barisch gewählt. Anschließend gibt Kollege Richter Bericht von der letzten Kartellversammlung. Im Verschiedenen wurde zunächst über die vom Kartell ausgegebenen Sammellisten debattiert und be-

schlossen, selbige bis auf weiteres auszulegen, auch sollen die vom Bahlausschuß ausgegebenen Sammellisten zur Reichstagswahl ausgelegt werden, und wurde den Kollegen ans Herz gelegt, auch hier ihr Scherflein beizutragen. Betreffs des Weihnachtsgeschenkes für kranke und zugereifte Kollegen wurde beschlossen, daß die ausgegrenzten kranken Kollegen das übliche Weihnachtsgeschenk von 10 Mark, die zugereiften Kollegen während den Feiertagen ein Ortsgeschenk von 3.50 Mark erhalten. Zum Schluß bemängelte der Vorsitzende noch den schlechten Versammlungsbesuch und ermahnte die Kollegen, dafür zu sorgen, daß die Versammlungen in Zukunft besser besucht werden.

Dessau. Am Freitag, 1. Dezember, fand im Livoli unsere übliche Monatsversammlung statt. Diese war außerordentlich gut besucht. Im Punkt 1 wurde der Kartellbericht vom Delegierten erstattet. Im Punkt 2, betr. Versammlungsbesuch, wurde darauf hingewiesen, daß die Versammlungen immer so zahlreich besucht werden möchten. Ferner ward vom Vorsitzenden die Bitte ausgesprochen, daß persönliche Reibereien in den Versammlungen nicht mehr vorkommen sollten. Unter Punkt 3 wurde den durch Ueberflutung geschädigten Kollegen in Grünfeld und Peilingsfeld eine Unterflügung von 5 Mark überwiesen. Für die ausgesperrten Tabakarbeiter war die zurückliegende Sammelliste nicht befriedigend gezeichnet, daraufhin wurde beschlossen, zu diesem Zwecke pro Mitglied 25 Pfg. zu erheben, was einstimmig angenommen wurde. Unter Punkt 4 gab der Vorsitzende eine Uebersicht der jetzigen Situation und der bevorstehenden Reichstagswahl. Er ermahnte die Kollegen, an der geplanten Hausagitation und Flugblattverbreitung kräftig teilzunehmen, damit wir auch in unserm Wahlkreis den Sieg erringen. Im 5. Punkt wurde ein Antrag gestellt zur Erhöhung des Fremdenbesenkes, welcher jedoch bei unsern schwachen Kassenverhältnissen nicht berücksichtigt werden konnte. Einem Kollegen, der seit langer Zeit krank ist, wurden 7.50 Mark als Weihnachtsgeschenk gestiftet. Der Vorsitzende wies dann auf die Bedeutung der Arbeiterpresse hin, wozu verschiedene Kollegen sich als Abonnenten des Volksblattes anmeldeten. U. a. wurde beschlossen, daß die vom Parteisekretariat herausgegebenen Protokolle a Stück 10 Pfg. jeder Kollege ein Exemplar erhalten soll. Nachdem noch verschiedene kleine Angelegenheiten erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Definghausen. Die am 30. November stattgefundene Versammlung war sehr gut besucht. Als Referent war Gauleiter Herrmann erschienen, welcher einen Vortrag über die deutsche Gewerkschaftsbewegung hielt. Der Redner verstand es, den Kollegen die große Bedeutung der freien Gewerkschaftsbewegung klarzulegen. In Beispielen zeigte er, wie ein schwerer Kampf mit den Unternehmern zu führen sei, um die Anerkennung der Organisation bei der Besserstellung der Existenz zu erreichen. Aber trotz aller Hindernisse und Verfolgungen entwickelte sich die freie Gewerkschaftsbewegung mächtig. Wenn auch die Unternehmer in der Schwerindustrie und dem Bergbau die Organisationen der Arbeiter als Verhandlungsfaktor bei Lohnkämpfen nicht anerkennen, so werde aber auch dort bald eine andre Auffassung Platz greifen müssen. Zum Schluß gab er dann noch den Kollegen ein Bild über die Kapitalkonzentration in der Steinindustrie, dieser Zusammenschluß des Kapitals müsse den Arbeitern die Veranlassung geben, noch mehr als bisher unter den dem Verbanke noch fernstehenden Kollegen zu agitieren. Der Referent schloß seine Ausführungen mit der ersten Mahnung an die Kollegen, alles Persönliche beiseite zu lassen und nur das gemeinsame Ziel im Auge zu behalten, daß die Befreiung des arbeitenden Volkes vom Joch des Kapitalismus nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. Der Vortrag fand den Beifall der Kollegen. In der Diskussion gab der Referent noch auf verschiedene Anfragen Auskunft. Es folgte dann eine eingehende Aussprache über die weiter vorzunehmenden Schritte in der Agitation. Kollege Herrmann gab den Kollegen seine Meinung bekannt, wie am besten und erfolgreichsten die Agitation betrieben werden könnte. Einige Kollegen erklärten sich bereit, tatkräftig in diesem Sinne zu wirken. Im Schlußwort wies Kollege Herrmann sowie der Vorsitzende auf die Wichtigkeit der Reichstagswahl hin. Er ersuchte die Kollegen, in der nächsten Versammlung, wo ein Berufscollege ein Referat halten wird, auch so zahlreich zu erscheinen.

Strehlen (Schlesien). Am 28. November fanden hier die Stadtverordneten-Stimmwahlen statt: Die Genossen Müller, Baria und Nelzer wurden mit 294 Stimmen gewählt. Kollege Baria leitete die Wahl 7 Jahre unsere Zahlstelle und es ist sehr notwendig, daß auch ein Steinarbeiter im Gemeindeparlament sitzt. Die für den 3. Dezember in Riegersdorf einderessene Mitgliederversammlung konnte leider nicht stattfinden, da der Wirt auf Veranlassung des Amtsvorstehers sein Lokal zurückzog. Es ist sofort von der Zahlstelleneitung Beschwerde gegen den Amtsvorsteher erhoben worden. Ein schönes Weihnachtsgeschenk ist den Arbeitern der Firma G. Leipziger u. Sohn zuteil geworden, indem ihnen pro Tag 20—30 Pfg. vom Lohne abgezogen werden. Hoffentlich kommen die Kollegen einmal zur Einsicht und schließen sich Mann für Mann dem Steinarbeiterverband an. Leider haben die Riegersdorfer Kollegen einen schweren Verlust in dem Hinscheiden des Kollegen Robert Seidel erlitten. Derselbe war in jeder Hinsicht ein tüchtiger Agitator. Die Kollegen der Zahlstelle werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Binde gegossen, so erneuern sich zusehends die trägen Lebensgeister, und mit dem Brummen der Drehstrommel verrichtet alles ganz mechanisch seine Arbeit wie am vorigen Tage: die Zuschnittmeister werfen die Garben nach der Maschine, die Einleger lassen die losen Garben durch die Trommel gleiten, die Binder schnüren das ausgedroschene Stroh in Bunde, die Kornträger schleppen wie Automaten Saad auf Saad nach dem Boden, der „Kassmajor“ windet sich mit einem vollen Baken durch das Gewühl, und auf dem Hümpel hebt sich Bund auf Bund in regelmäßiger Reihenfolge. Endlich gräut der Morgen, die trüben Dellaternen werden verloscht, ein Pfiff ruft die Leute zur Frühkost: die ersten zwei Stunden des neuen Tages hat man hinter sich.

Nach 20 Minuten ist wieder alles an seinem Platze, und nun geht es in ununterbrochener Tätigkeit, höchstens mit einer kurzen Schmierpause dazwischen, bis zum Mittag. Fastig wird alsdann das Essen gegabelt und gelöffelt, denn kaum hat man den letzten Happen hinuntergewürgt, so pfeifts auch schon wieder zur Arbeit. So viel Zeit, um seinen Köffel abzuwaschen, hat man nicht; man kann ihn nur ablecken oder mit knapper Not am Zipfel des staubigen Mittels abwischen. Um 4 Uhr ist Vesper, und Feierabend — nun, das weiß nur der Maschinenmeister.

So wiederholt sich das Spiel einen Tag wie den andern. Da auch meistens des Sonntags gearbeitet wird, so kann es passen, daß man drei Wochen in einer Tour in Staub und Dred abreißt, ohne sich auch nur ein einziges Mal richtig zu waschen oder in einem Bette auszuruhen. Riskiert man es aber doch einmal, den Kopf in einen Eimer Wasser zu stecken, so muß man sich in der Regel an seinem eignen Mittel oder an einem alten Kornsack abtrocknen; denn ein Handtuch geben die Bauern dazu nicht her, das ist ihnen zu schade für die Leute. Schließlich befindet man sich in einer Verfassung, daß einem selbst der schmierigste Zigeuner noch wie ein Edelmann erscheint. Solange man Stellen mit guter Kost hat, geht es noch; man vermindert die Ueberanstrengung dann leichter. Kommt man aber mehrmals hintereinander nach Höfen, wo es schlechte Kost gibt, dann wird auch der Geduldsvogel mitsmutig. Viele Bauern wollen sich die Maschine dadurch vom Hals schaffen, daß sie den Leuten ein möglichst elendes Futter vorsetzen. Sie kalkulieren, die Leute würden bei schlechter Kost tunlichst rasch arbeiten, um nur recht schnell wieder von dem Hofe fortzukommen. Auf diese Art kann

es passen, daß man womöglich acht Tage hintereinander oder doch fünf Tage in der Woche regelmäßig jeden Mittag den berühmten „Mehlbiidel“ mit Sirupsauce vorgesetzt erhält. Berggegenwärtig man sich dazu, daß die Morgen- und Abendkost ohnehin schon immer dieselbe bleibt („Milk un Dry oder Beer un Dry“), dann dürfte es erklärlich sein, wenn es den Leuten bei diesem „elendigen Gefräß“ schließlich ganz schummelig im Leibe wird. Wir empfinden es deshalb stets geradezu als eine Wohlthat, wenn wir nach einem Hofe kamen, wo nach so viel Mehlbiideln endlich mal eine andre Mittagsspeise auf dem Tisch stand.

Die einzige freundige Abwechslung während der Drehkampagne sind die Zahltage. Sie erfolgen unregelmäßig, je nachdem es sich mit der Arbeit paßt, mal von Woche zu Woche, mal nach vierzehn Tagen oder auch erst nach drei Wochen. Alles ist dann neuerlich auf die Zahl der geleisteten Stunden. Sind über 100 Stunden in der Woche erzielt, so spricht man befriedigt von einer guten Woche; eine Woche von 80—100 Stunden gilt als mittelmäßig, hat man jedoch „nur“ unter 80 Stunden herausgeholt, dann war die Woche schlecht. Ich persönlich habe drei Drehkampagnen mitgemacht und weiß noch so gut, als wäre es gestern gewesen, welches Gefühl der Befriedigung uns überkam, als uns der Maschinenmeister an einem Zahltag mit Stolz verklärte, daß wir es in der vorhergehenden Woche auf 124 Stunden gebracht hatten. Das war allerdings ein Rekord; kamen auf sieben Arbeitstage doch nicht weniger wie fast 18 Stunden täglicher Arbeitszeit! In Wirklichkeit wurden die 18 Stunden aber noch erheblich überschritten, denn wie schon erwähnt, wird der Umzug von einem Hof zum andern, sowie das Ab- und Aufstellen der Maschine nicht mitbezahlt, ganz abgesehen von den Stunden, um die uns der Meister auch noch zu beschummeln pflegte. Gewiß, das Ergebnis war ja denn auch ein verhältnismäßig guter Wochenverdienst, den wir nach Hause brachten; aber am besten tat man, wenn man jedenfalls nicht daran dachte, wie er zusammengequält worden war.

Da bei der ständigen körperlichen Ueberanstrengung der Leute auch viele Unfälle vorkamen, so wurde einmal eine amtliche Bekanntmachung erlassen, die eine Regelung der Arbeitszeit und eine Verbesserung der Schlafgelegenheit vorsah. Von einer tatsächlichen Wirkung dieser Verordnung haben wir aber nie etwas verspürt. Es blieb, wie es war, und — heute ist es meines Wissens noch genau so.